

Sonderausgabe



FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 20 Juli/2 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Ehemaliger CIA-Spezialist: Joe Bidens geheimer Krieg – USA spielen eine aktivere Rolle in der Ukraine, als die Biden-Administratio bisher öffentlich zugeben wollte

uncut-news.ch, Juli 20, 2022

Von Philip Giraldi:

Er ist ehemaliger CIA-Spezialist für Terrorismusbekämpfung und Offizier der Defense Intelligence Agency, der heute hauptsächlich als Kolumnist und Fernsehkommentator in Erscheinung tritt. Er leitet ausserdem das Council for the National Interest eine Organisation, die für eine zurückhaltendere Politik im Nahen Osten eintritt.

Das Weisse Haus betont immer wieder, dass es amerikanische Soldaten nicht direkt in den Krieg in der Ukraine verwickeln wird, unternimmt aber immer wieder Schritte, die unweigerlich zu einer gross angelegten offenen Kampfrolle der USA gegen Russland führen werden. Zu den jüngsten Massnahmen, mit denen der Druck auf den Kreml erhöht werden soll, gehörte die Ankündigung von Biden auf dem NATO-Gipfel in Madrid am 29. Juni, dass die USA ein ständiges Hauptquartier für das Fünfte Armeekorps in Polen einrichten, eine zusätzliche Rotationsbrigade mit Tausenden von Soldaten in Rumänien unterhalten und andere Einsätze in den baltischen Staaten verstärken werden. Auch die Zahl der US-Truppen in Europa, die sich

derzeit auf etwa 100'000 beläuft, wird erhöht. Biden zeigte sich auch erfreut darüber, dass die Türkei dazu gebracht werden konnte, ihre Einwände gegen einen NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens aufzugeben. Auf dem Weg zum NATO-Gipfel an Bord der Air Force One teilte Bidens Nationaler Sicherheitsberater Jake Sullivan mit: «Am Ende des Gipfels werden Sie eine robustere, effektivere, glaubwürdigere, fähigere und entschlosseneren Streitkräftestruktur sehen, die einer akuten und verschärften russischen Bedrohung Rechnung trägt.» Vermutlich las Sullivan von einem vorbereiteten Skript ab, aber das Ziel schien sicherlich eher darin zu bestehen, die Spannungen mit Moskau zu verschärfen, als zu versuchen, sie abzubauen und eine Art diplomatische Lösung zu finden.

Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg trug seinen Teil bei. In einer erstaunlichen Zurschaustellung von Arschkriecherei antwortete er, dass die neuen Verpflichtungen der USA in Bezug auf die Streitkräfteposition ein Beweis für Bidens starke Führung seien. Was Stoltenberg nicht erwähnte, war, dass Biden schon seit einiger Zeit über die Präsenz von US-Militärpersonal in der Ukraine lügt. Bereits im März liess er die Katze aus dem Sack, als er den Truppen der 82. Luftlandedivision in Polen mitteilte, dass sie bald in die Ukraine gehen würden, und erklärte: «Ihr werdet sehen, wenn ihr dort seid, und einige von euch waren schon dort, werdet ihr sehen ...». Dies war ein Eingeständnis, dass US-Truppen bereits in der Ukraine stationiert sind, auch wenn das Weisse Haus schnell Schadensbegrenzung betrieb und versicherte, dass der Präsident weiterhin gegen eine direkte Beteiligung amerikanischer Soldaten an den Kämpfen ist. Biden behauptete auch, dass die USA daran arbeiten, «eine Fortsetzung des Massakers (an den Ukrainern) zu verhindern». Auch diese Formulierung war kaum dazu gedacht, Raum für ein mögliches Entgegenkommen gegenüber Russland zu schaffen, um ein Ende der Kämpfe auszuhandeln.

Und nun gibt es einen Bericht der New York Times mit dem Titel «Commando Network Coordinates Flow of Weapons in Ukraine, Officials Say: A secretive operation involving US Special Operations forces hints at the scale of the effort to assist Ukraine's still outgunned military». (Eine geheime Operation, an der US Special Operations Forces beteiligt sind, gibt einen Hinweis auf das Ausmass der Bemühungen, das immer noch unterlegene ukrainische Militär zu unterstützen.)

Der Artikel beschreibt eine aktivere Rolle der USA in der Ukraine, als die Biden-Administration bisher öffentlich zugeben wollte. Bereits im Februar, vor der Intervention in der Ukraine, zogen die USA Berichten zufolge ihre eigenen 150 Militärausbilder ab, von denen viele die ukrainischen Soldaten an neu erworbenen Waffen aus amerikanischer Produktion ausbildeten. Einige paramilitärische Mitarbeiter des US-Geheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA) und Spezialeinheiten setzten jedoch ihren Dienst im Lande heimlich fort und leiteten den Grossteil des Informationsflusses, den die USA mit den ukrainischen Streitkräften austauschen. Darüber hinaus haben Special-Ops-Soldaten von Washingtons NATO-Verbündeten den Transport von Waffen und Ausrüstung in die Ukraine gesteuert und einige spezielle Schulungen durchgeführt. Es wurde auch berichtet, dass britische SAS-Kommandos derzeit Präsident Wolodymyr Selensky bewachen. Die NYT gibt unter Berufung auf amerikanische und andere westliche Beamte an, dass sich die Soldaten und CIA-Offiziere derzeit nicht an der Front mit ukrainischen Truppen befinden. Auch wenn die USA und die NATO-Mitgliedsstaaten die Anwesenheit ihrer paramilitärischen Soldaten in der Ukraine nicht zugegeben haben, sind sich Russland und andere Geheimdienste in der ganzen Welt dessen bewusst, so die Times.

Der Bericht der New York Times scheint im Grossen und Ganzen richtig zu sein, auch wenn er einige Details auslässt, von denen ich einige von ehemaligen Kollegen in den Geheimdiensten gehört habe. Auf dem deutschen Armeestützpunkt Grafenwöhr sowie auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein wurden umfangreiche offene Schulungen durchgeführt, um die Ukrainer mit den neuen Waffen vertraut zu machen, die dort eintreffen. Auch andere NATO-Länder beteiligen sich an der Ausbildung. In der Zwischenzeit tragen die vor allem in der Westukraine operierenden Kader von Sondereinsatzsoldaten und Geheimdienstmitarbeitern keine Uniform, und viele von ihnen arbeiten unter verschiedenen erfundenen Tarnbezeichnungen, einschliesslich manchmal loser Verbindungen zu ausländischen Botschaften und NRO. Ausserdem gibt es eine herkömmliche CIA-Station, eine Gruppe der National Security Agency und ein Büro des Militärattachés in der kürzlich wiedereröffneten US-Botschaft in Kiew.

All dies bedeutet, dass Biden und andere westliche Politiker ihre aktive Beteiligung am Konflikt zwischen Russland und der Ukraine verheimlicht haben. Abgesehen von seinem möglichen Fauxpas wird Biden nicht zugeben, dass die Amerikaner bereits vor Ort sind, aber sie sind da und spielen eine wichtige Rolle sowohl in der Logistik als auch beim Austausch von Informationen. Der mögliche Nachteil für den Präsidenten könnte eintreten, wenn einige dieser Soldaten im Mufti getötet oder, schlimmer noch, gefangen genommen werden und anfangen, über ihre Rolle zu sprechen.

Karen Kwiatkowski, Oberstleutnant der US-Luftwaffe im Ruhestand und ehemalige Analystin des US-Verteidigungsministeriums, stellt fest, dass der Einsatz von glaubhaft verleugnendem, nicht uniformiertem Personal «ganz typisch für die Anfangsphase eines von den USA unterstützten langen Krieges und für die langfristige politische Manipulation des Ziellandes ist. Dies ist die Zukunft, die sich die neokonservativen «Strategen» in Washington und ihre britischen und europäischen Verbündeten für die Ukraine vorstellen. Anstelle eines Verhandlungsergebnisses mit einer neuen ukrainischen Rolle als neutrales und produktives Land, das sowohl von russischen als auch von US-amerikanischen politischen Einflüssen unabhängig ist, sehen die

US-Regierung und die CIA die Ukraine als entbehrlichen, aber nützlichen Satrap in ihrem Wettbewerb mit der Russischen Föderation.»

Der frühere CIA-Analyst Larry Johnson sieht die Aktivitäten mit drastischen Worten, wobei er auch anmerkt, dass die CIA seit vierzig Jahren keinen halbgeheimen Krieg gegen Aufständische gewonnen hat. Er bemerkt: «Die Ukraine ist ein Stellvertreter; der Westen versucht, Russland zu zerstören, so einfach ist das. Es wäre eine Sache, wenn Russland das böseste, unterdrückerischste und autoritärste Regime der Welt wäre. Das ist es aber nicht einmal annähernd. Auch wenn der Westen immer wieder versucht, Russland als solches darzustellen. Tatsache ist, dass der Westen die Ressourcen Russlands haben will und Russland kontrollieren möchte.» (Aber Russland ist nicht bereit, sich kontrollieren zu lassen.)

Mit anderen Worten: Washington könnte einen nicht enden wollenden Krieg anstreben, der Russland verstrickt und seine Möglichkeiten auf globaler Ebene einschränkt. Die Biden-Administration hat ihren Ruf und ihre mögliche politische Zukunft darauf gesetzt, dass die Ukraine überleben kann, ohne sich russischen Gebietsansprüchen zu beugen. Dies ist eine riskante und sogar gefährliche Politik, sowohl in praktischer als auch in politischer Hinsicht. Die Beharrlichkeit der Ukrainer in ihrer Verteidigung ist weitgehend ein Produkt der Garantien der USA und Westeuropas, dass sie alles Notwendige tun werden, um Selensky und sein Regime zu unterstützen, das bereits um 750 Milliarden Dollar an Hilfe für den «Wiederaufbau» ersucht. Sollte es zu ersten militärischen Verlusten im Westen kommen, wird die politische Unterstützung für den Krieg in der Ukraine in Washington und anderswo schwinden, was bei den anstehenden Zwischenwahlen im November Konsequenzen haben wird.

Eine letzte Bemerkung zu dem Times-Artikel ist eine Antwort auf die Frage, warum er zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt erschienen ist. Die Mainstream-Medien waren Befürworter einer aggressiven US-Unterstützung für die Ukraine und Selensky, aber jetzt beginnen sie, von dieser Position abzurücken, wie auch die Washington Post und andere Medien. Vielleicht sind sie zu der Überzeugung gelangt, dass der von Washington und seinen europäischen Verbündeten geförderte Plan nur unter grossen Kosten für die jeweiligen Volkswirtschaften zum Erfolg führen wird. Larry Johnson drückt es folgendermassen aus: «Ich denke, der Zweck dieses Artikels, der jetzt erscheint, ist es, die Grundlage dafür zu schaffen, warum wir kein weiteres US-Militärpersonal oder sogar CIA-Personal in die Ukraine entsenden können oder sollten, weil die weitere Entsendung von US-Personal... in die Ukraine zu Ausbildungszwecken aufgrund des russischen Erfolgs auf dem Schlachtfeld zu riskant wird.» Man könnte auch hinzufügen, dass dies ausserordentlich gefährlich ist. Ein Fehltritt oder sogar eine absichtliche Falschflagge von einer der beiden Seiten könnte den Krieg leicht zu einem Atomkrieg machen.

QUELLE: JOE BIDEN'S SECRET WAR IN UKRAINE

Quelle: <https://uncutnews.ch/ehemaliger-cia-spezialist-joe-bidens-geheimer-krieg-usa-spielen-eine-aktivere-rolle-in-der-ukraine-als-die-biden-administration-bisher-oeffentlich-zugeben-wollte/>

Sri Lanka ist Deutschland abermals weit voraus

9. Juli 2022 WiKa Fäuleton, Hintergrund, kurz ♣krass, Soziales



Bananenrepublik: In Sri Lanka ist es trotz der durchgängig angenehmen Temperaturen zur Zeit überaus ungemütlich. Das liegt daran, dass sich die Menschen im Lande nicht mehr wohl fühlen. Vorzugsweise, weil sie ihre Belange durch die Regierung nicht mehr repräsentiert sehen. Dazu muss man vielleicht noch wissen, dass es sich bei Sri Lanka bezüglich der Regierung mehr oder minder um so eine Art «Familienbetrieb» handelt. Seit Jahrzehnten hat die Familie Rajapaksa fast durchgängig das Sagen im Land und entsprechend ausgeprägt ist der solide Filz.

Das sorgt für allerhand Unmut, zumal besagte Familie zunächst ihr eigenes Wohl im Schilde führt und das Land für sich in einen veritablen Selbstbedienungsladen verwandelte. Da kann es schnell einmal passieren, dass der Rest der Bevölkerung in weiten Teilen durchs Rost fällt. Nur wer in dem korruptierten System mitspielen kann und darf, für den fallen ab und an zusätzliche Brosamen vom Regierungstisch. Inzwischen ist es soweit, dass dem Land die Devisen ausgegangen sind um beispielsweise Energie, Lebensmittel und Medikamente zu importieren. In Verbindung mit einer überbordenden Inflation macht es das Überleben ausgesprochen schwierig.

Ein Herz für Politiker

Ausweislich dieses Berichtes: Nach Sturm auf Präsidentenpalast • Sri Lankas Premier bietet Rücktritt an ... [T-Online], hat das Volk dem Präsidenten jetzt einen Besuch in seinem Palast abgestattet. Das wiederum wurde dem Präsidenten zu mulmig und er machte schnell die Fliege. Augenscheinlich war er von der Freundlichkeit seiner Landleute nicht überzeugt. Er kann sich dabei zur Zeit noch aufs Militär verlassen, welches ihm bislang stets seinen Hintern rettete. Bei vergleichbaren Aktionen gibt es schnell einmal Tote in Sri Lanka, aber nicht in der Familie des Präsidenten.

Ausweislich des vorstehenden Berichtes hat nun der amtierende Ministerpräsident seinen Rücktritt angeboten. Man darf es als das übliche Bauernopfer betrachten, damit die höchste Instanz der Macht, Gotabaya Rajapaksa, sich nicht von selbiger trennen muss. Auch hierzu ist es gut zu wissen, dass der vorherige Ministerpräsident ein Bruder des jetzigen Präsidenten war. Er durfte gerade erst vor einigen Monaten seinen Hut nehmen, nach den letzten blutigen Protesten, um den Pöbel zu besänftigen. Ob diese Nummer in der Form noch einmal gelingt, werden die kommenden Tage und Wochen zeigen.

Der marginale Unterschied zwischen Sri Lanka und Deutschland

In Sri Lanka ist es so, dass aufgrund der mangelnden Wirtschaftsleistung, in Kombination mit einer ausgewachsenen Korruption, tatsächlich relativ wenig Spielraum vorhanden ist um an Devisen zu kommen. Das schmälert zwar den berechtigten Unmut der Bevölkerung nicht, nur macht es realistische Lösungen der Probleme nahezu unmöglich. Weitere verschärfende Faktoren kommen quasi aus dem Ausland hinzu. Hier könnte man besonders die «Kriegsfestspele in der Ukraine» anführen. Dafür hat der Werte-Westen mit den Sanktionen gegen Russland gerade ein Riesenfass aufgemacht hat. Die Zeche dafür müssen besonders die Schwellenländer zahlen, zu denen auch Sri Lanka zählt.

Wenn also, wie jetzt im Fall von Sri Lanka, die Bevölkerung den Präsidenten in seinem Palast besuchen geht, ist das durchaus als harter Akt der Verzweiflung zu begreifen. Die Lösungsmöglichkeiten bleiben hingegen völlig unterirdisch.



In Deutschland könnte die Situation bezüglich Energie und Lebensmittel bald ähnlich sein. Mittel und Wege wären vorhanden eine derzeit zumindest nicht gänzlich auszuschliessende Versorgungskatastrophe abzuwenden. Also die Wirtschaft und die Menschen davor zu schützen. Nur zeigt die Regierung hier ähnlich wenig Ambitionen sich um die Belange der Menschen zu kümmern, wie in Sri Lanka. Das Thema: «Russland in Grund und Boden zu sanktionieren», gibt bei uns zur Zeit den suizidalen Kurs der Regierung vor. Es gibt aktuell nichts Wichtigeres.

Versorgungslage unserer «Diätieren»

Das ist zwar nicht der erteilte Auftrag, da der aber nur aus «zwei Kreuzen» bestand, kann sich die Regierung jederzeit darauf zurückziehen, dass sie die alleinige Deutungshoheit dazu besitzt. Das wiederum ist nicht weniger borniert als das Treiben der Rajapaksas zur Zeit in Sri Lanka. Man kann hier deshalb immer noch

den «transatlantischen Idealen» frönen. Und wie in Sri Lanka auch, geht es unseren Volksvertretern, dank der Steuerzahler, zu jeder Zeit sehr gut.

Sie führen zwar keinen Familienbetrieb, aber einen völkischen Selbstbedienungsladen namens «Bundestag» haben sie auch. Dieser Umstand schützt die Volksverräter davor, sich übermässig mit den «Interessen der Gemeinschaft» befassen zu müssen. Sie sind also «unabhängig», wie es im Grundgesetz geschrieben steht. Leider wird das gern falsch ausgedeutet, da sie mit Blick auf die Parteien und dem Fraktionszwang alles andere als unabhängig sind. Aber dafür bekommen sie wiederum das diätenreiche Schweigegeld.

Gute Tipps von ganz oben

Immerhin kommen derzeit noch so wichtige Tipps von der Regierung, wie z. B. «kürzer duschen», «Energie sparen», «den Gürtel enger schnallen», «Vorräte anlegen» und allgemeine Warnhinweise, sich doch bitte auf steigende Preise ohne Lohnausgleich einzurichten. Wenn das nicht fürsorglich und vorausschauend ist, was dann? Jetzt wäre die Frage, was ein Besuch des Volkes beim Bundespräsidenten, im Bundeskanzleramt und im Bundestag bringen könnte? Nichts! Denn bei einer reibungslos funktionierenden Demokratie stehen dann längst die Maschinengewehre vor diesen Gebäuden, um die Diener des Volkes vor ihrem Dienstherrn zu bewahren. Auch ein Sonderkündigungsrecht für diese Bagage wird dem Souverän von eben dieser nicht zugestanden.

Im Zweifel wird den Verzweifelten mit Waffengewalt bedeutet wo ihr Platz ist. Auch da unterscheiden wir uns nicht wenig von Sri Lanka. Das ist zwar nicht richtig und dient nicht dem Souverän, aber das nennt sich nun einmal «lebendige Demokratie», wobei Angela Merkel es mit «marktkonformer Demokratie» noch eleganter auf den Punkt brachte. Oder anderes formuliert, in Deutschland wäre die Not zwar nicht nötig, aber durchaus politisch einkalkuliert. Schliesslich gibt es «höhere Ideale» als das «Wohl des eigenen Volkes». Und das sind strategische Interessen, die den tatsächlichen Regenten der Welt helfen sollen in ihren Machtpositionen verbleiben zu dürfen und Systemkonkurrenz auszuschalten.



Tja, sehr schlechte Aussichten also, um einmal massenhaft im Schloss Bellevue, dem Kanzleramt oder dem Bundestag vorstellig zu werden. Da haben die Singhalesen aktuell mit dem Durchmarsch durch den Präsidentenpalast schon bedeutend mehr erreicht, selbst wenn es für sie am Ende rein gar nichts bringt. Und weil der deutsche Michel genau weiss, dass das alles nichts bringt, bleibt er besser gleich vor der Glotze hocken und feuert Scholz, Habeck und Lindner an, doch die Russlandsanktionen soweit zu verschärfen, dass uns endgültig die Luft ausgeht.

Quelle: <https://qpress.de/2022/07/09/sri-lanka-ist-deutschland-abermals-weit-voraus/>

Ein Loblied auf unsere politischen Amazonen

9. Juli 2022 WiKa Fäuleton, Glaskugel, Meinung

Heute habe ich es mir zur Aufgabe gemacht die starken politischen Frauen zu würdigen, die im wahrsten Sinne des Wortes ihren Mann stehen bzw. als die «Neuen Männer» gefeiert werden sollten. Es handelt sich um Frauen, die an vorderster Front stehen – quasi Frontfrauen – die sich nicht schämen, Verantwortung zu übernehmen und als Fraueninitiative eine Offensive zur Emanzipation der Frau als besserer Ersatz des Mannes in Sachen Macht- und Kriegsgeilheit zu liefern. Chapeau – das ist optimal gelungen. In meiner Lobes-Arie werde ich nachfolgend die preiswürdigsten Exemplare dieser hippen Frauengeneration vorstellen und ihnen die gebührende Hochachtung zukommen lassen.

Aussenministerin Annalena Baerbock.

Die Auswahl ist gross, so dass es mir nicht leichtfällt, meine beiden deutschen Favoritinnen einleitend zu ehren. Platz Nr. 1 gebührt, denen im pazifistischen Himmel ein Ehrenplatz reserviert ist:

unsere Aussenministerin Anna Baerbock



Diese Frau ist nicht mehr bei Sinnen und hat die reale Welt bereits verlassen. Ihre Bewertung der Ereignisse in der irdischen Welt bewegen sich über den Wolken. Sie expediert ihre Aufgabe als Aussenministerin, die sie unter Eid übernommen hat, ins realpolitische Jenseits. Ihre besagte, dass sie verpflichtet ist, zur Lösung von existenziellen Krisensituationen gerade mit den entscheidenden Gesprächspartnern der Gegenseite zu sprechen und eine kooperative Zusammenarbeit zu erreichen.

Doch Baerbock praktiziert genau das Gegenteil davon. Recht baerbockig gebärdet sie sich als Querulantin und uneinsichtige Ideologin. Immer wieder kehrt sie ihre den Interessen Deutschlands konterkariierende dogmatische transatlantische Gesinnung hervor. Deren wesentlichstes Merkmal ist eine destruktive Nibelungentreue gegenüber dem Lehnsherrn bis in den Untergang. Aktuelle Highlights von ihr auf dem Aussenminister-Treffen in Bali, wo es u.a. darum ging, wen man gnädigerweise zum G20-Gipfel im November einladen und treffen solle, poste ich gerne zu eurer Erbauung. Baerbock schloss in ihrer Arroganz aus, dass Putin das Recht besitze, an dieser Tafelrunde der Selbstgerechten Platz nehmen zu dürfen. Auch der russische Aussenminister Lawrow liegt in der Gunst der Mimose auf den letzten Rängen. Sie meinte:

«Wir alle haben ein Interesse daran, dass internationales Recht geachtet und respektiert wird. Das ist der gemeinsame Nenner.»

Meine Meinung: Na klar, der gemeinsame Nenner aller westlichen Vorzeigedemokratien, die noch niemals die Menschenrechte missachtet haben und ihrer anderen feudalistischen, autokratischen und diktatorischen Verbündeten – einschliesslich der Ukraine. Eine ehrenwerte Gesellschaft gibt sich da ein Stelldichein. «Und es ist auch der Grund, warum wir Russland nicht einfach die Bühne des Treffens überlassen werden.»

Die unmassgebliche andere Sicht ...

Meine Meinung: Die westliche abgekartete Ganovenclique liegt im Propagandakrieg weit vorne und spielt sich überall als Apostel der letzten Wahrheit auf. Sie stehen überall oben auf dem Treppchen und deklarieren sich zu ultimativen Siegern. Da wird so getan, als ob der Outlaw und ständige Aussätzige Russland auf der Bühne der Hochmütigen ein Mitspracherecht besässe.

«Russland tötet nicht nur mit Bomben, sondern auch durch gezieltes Ausnutzen von Abhängigkeiten und durch Hunger als Waffe.»

Meine Meinung: Wow! Nur Russland tötet in einem Krieg. Das ist eine ganz neue Erkenntnis. Eigentlich hat die Ukraine den Krieg schon 2014 angezettelt und vor dem russischen Eingreifen 2022 mit einer Grossoffensive auf den Donbass angefangen. Die einzige Entschuldigung, die zählt ist die, dass die Ukraine und ihr Regime ein Vollzugsorgan der USA darstellen und als Statist freiwillig jeden Tag mindesten 500 junger Männer abschlachten lässt. Wofür und wozu?

Welche Abhängigkeiten meint die Dame?

Die seit Jahrzehnten zuverlässige und geradezu paradiesische Belieferung preiswerter Energie ohne jegliche Erpressungsversuche durch Russland im Vergleich zur heutigen Praxis seitens der USA, Polens oder der Ukraine und anderer dubiosen Lieferanten? Und was meint sie mit Hunger als Waffe? Wer hat denn die Häfen im Schwarzen Meer vermint, damit kein Weizen aus der Ukraine verschifft werden kann? Die Ukraine oder Russland?

Die Frau Baerbock hat sich ja schon publikumswirksam in der Ukraine mit Stahlhelm und voller Gefechtsmontur in Pose gesetzt. Ich würde jedoch erwarten, dass sie sich als wirkliches Vorbild erweisen würde und sich im praktischen Gefechtseinsatz im Granatfeuer profilierte. Oder wie wäre es mit einem Bekenntnis, wie ehrenvoll es ist, wenn man als nationalistisch eingestellte Mutter seine Söhne als Kanonenfutter opfert? Na ja, leider hat sie nur zwei Töchter, aber die kann man ja auch irgendwie zweckmässig als Krankenschwestern einspannen!

Doch zu viel der Ehre für Annalena Baerbock. Es wird Zeit, dass ich meine unbestrittene Nr. 2 im feministischen Politiker-«Contest» in den Himmel hebe. Vielleicht ahnt jemand von euch es schon – es handelt sich um die allseits beliebte

Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP



Die (auf-)rüstige Oma mit Haaren auf den Zähnen und Betonfrisur hat sich zur Promoterin der Rüstungsindustrie und Kriegstreiber gemausert. Sie liefert ihnen als des Teufels Grossmutter verbalen Feuerschutz. Dazu versprüht sie ihr Gift in allen Medien, die ihr auch noch servil den roten Teppich ausrollen. Wenn man nach einer lupenreinen Lobbyistin sucht, dann ist sie es. Die personifizierte Panzerhaubitze hat es faust dick hinter den Ohren. Sie ist eine Propagandistin folgender ehrenwerter Friedensorganisationen:

- Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages.
- Präsidiumsmitglied der deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und nimmt in dieser Position Einfluss auf die entsprechenden Gesetzesvorhaben.
- Präsidiumsmitglied im Förderkreis des deutschen Heeres (Lobbyverein der deutschen Rüstungsindustrie).
- Vorstandsmitglied der deutschen Atlantischen Gesellschaft.
- Beiratsmitglied der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Wenn das nicht mal überaus honorige Positionen sind, für die sich die engagierte Powerfrau aufopfert. Selbstverständlich hat diese Zusammenarbeit keinerlei Einfluss auf ihre politische Arbeit sowie die daraus resultierenden Entscheidungen. Äusserlich eigentlich ein ungleiches Paar harmonisiert die Baerbock mit der FDP-Betonfrisuren-Frau doch in der Gesinnung optimal. Die beiden können sich die Hände reichen und ein Hohelied auf ihre Solidarität mit dem gemeinen Volk anstimmen, dass sie regelmässig beide mit Füßen treten.

Noch mehr Vorzeigefrauen – kaum zu glauben ...

Aber noch bin ich nicht fertig mit den Frauen und den oliv-grünen oder andersparteilichen Kriegerinnen des angeblich schwächeren Geschlechts. So ungeschoren kommen mir auch andere Apologetinnen nicht davon, die die paternalistischen Männerdomäne durchbrechen wollen: Noch mehr Vorzeigefrauen – kaum zu glauben ...

Ursula von der Leyen, die EU-Kommissionspräsidentin, die ja eigentlich meine geheime Favoritin war und bei der ich Abbitte leisten muss, wegen der Degradierung auf den dritten Platz auf dem Treppchen. Aber unbedingt qualifiziert durch ideologisch gefestigte transatlantische Leidenschaft mit den USA. Ein Liebesverhältnis auf Dauer, das nicht durch Argumente zu brechen ist.



Christine Lagarde, ihres Zeichens Präsidentin der Europäischen Zentralbank. Keine militärische Kriegerin, aber dafür hervorragende Leistungen im Sektor Finanz- und Wirtschaftskrieg gegen die Underdogs. Sie hat einen Orden verdient als Vorbereiterin eines Crashes und Blackouts.

Elizabeth Truss, Mitglied der UK-Konservativen und Aussenministerin. Trotz Brexit Seelengemeinschaft mit Baerbock und von der Leyen. Absolute Hardlinerin und phobisch-pathologischen Russenhasserin bis in den Tod. Hoffnungsloser Fall.

Noch eine Christine, die **Bundesverteidigungsministerin Lambrecht**. Bisher ungeschlagen in Inkompetenz und Ahnungslosigkeit. Der Schrecken aller militärischen Feinde. Politische Witzfigur und leider keine Zierde in der Gemeinschaft der Amazonen.

Ricarda Lang, Vorsitzende der deutschen Olivgrünen Partei. Sachverwalterin des grünen Prinzipienverfalls und gewichtige Friedensstifterin mit Waffen. Abartige politische Vorstellungen, die gemeingefährlich sind.

Kathrin Göring-Eckardt, die religiöse Rechtfertigerin der grünen Verkommenheit, die ihre Ethik auf dem Altar der Kriegsreligion geopfert hat. Moralinsaure Ethik.

Marieluise Beck – Osteuropaexpertin der Grünen und sog. Menschenrechtlerin, die sich in einer Parallelwelt von Freund- und Feindvorstellungen verirrt hat. Hohe Priesterin der neuen Sekte der Russlandphoben. Keinerlei Skrupel, die Mitmenschlichkeit zu verraten.

Emilia Fester, die hoffnungsvolle Nachwuchskraft der Grünen, die sich für ihre moralisch-ethisch und solidarisch gefestigte Partei aufopfert. Zitat: «Letztendlich opfere ich auch meine eigene Jugend für diesen Job.» Weiter so Emilia, da hast du das Potenzial zu einer zukünftigen Kanzlerin.

Da muss ich mir selbst Vorwürfe machen, dass ich nicht schon früher draufgekommen bin, dass nur Frauen die Rettung der Menschheit verheissen! Wir Männer sind ja bekanntlich von der Evolution dazu verdammt, als Machos mit der Keule und Vergewaltiger dahin zu vegetieren. Die wirkliche Krone der Schöpfung sind ganz offensichtlich die Frauen!

Blinken als Retter der männlichen Ehre

Ich fühle mich bereits ziemlich erbärmlich, weil ich noch nicht einen einzigen Versuch gestartet habe, die Ehre der Männerzunft zu retten, der ich schliesslich selbst angehöre. Der US-Aussenminister Blinken gehört zu denjenigen verantwortungsvollen und respektablen Weltpolitikern, die den Ernst der verhängnisvollen globalen Lage erkannt haben. Deshalb sei im Dank geschuldet für sein unermüdliches Engagement, im Interesse (wessen sonst?) der USA alles zu tun, um

- «mit internationalen Partnern zusammenzuarbeiten, um globale Herausforderungen zu bewältigen»,
- «und die Bedrohung der internationalen Ordnung durch Russlands andauernden Krieg gegen die Ukraine» zu lösen.

Das sei die vornehmste Aufgabe der USA auf dem kommenden G20-Gipfel, weil die globale Nahrungs- und Energiekrise nicht Amerika sondern ausschliesslich den satanischen Aktivitäten Russlands und Putins zuzuordnen sei.

Na dann – Prost Mahlzeit. Die (Er)lösung folgt auf den Fuss, weshalb ich das Vaterunser im Sinne der christlichen Missionierungsbotschaft der USA umgeschrieben habe:

Vater-/Mutterunser der transatlantischen Werte.

Zum Schluss habe ich noch ein Thema gefunden, das sich nicht geschlechtsspezifisch einordnen lässt. Das Vaterunser oder genderkorrekt Vater/Mutterunser: Lasset uns beten, wie der Herr es uns gelehrt oder wir es uns selbst beibringen sollten:

Vater/Mutter unser im Himmel der paradiesischen Demokratie und Freiheit, die du jenseits des Atlantiks errichtet hast und seitdem dort residierst, wo du einen Hort des Paradieses geschaffen hast.

Geheiligt und nicht infrage gestellt werde dein Name. Unterlaufen nur unter Strafe der Verdammnis oder dem von Gott ausgestellten Persilschein einer Intervention durch die offiziellen Gottesvertreter aus Washington.

Dein Reich komme als unilaterales geostrategisches Vermächtnis und Erbe über uns gemäss den Restriktionen unserer allmächtigen und von Gott bestellten Beherrscher der von Gott installierten Vereinigten Staaten.

Dein Wille geschehe ohne Gegenwehr und kritische Hinterfragung, wie in God's Own Country so auch auf dem europäischen Opferland, das als Untertan und Schlachtfeld auserkoren wurde.

Unser tägliches Brot, McDonalds Burger und Amifrass gib uns heute. Auf dass wir daran ersticken mögen oder verfetten.

Und vergib uns unsere Schuld der Anmassung, den American Way of Life nicht als die einzige von Gott gegebene Religion und Verhaltensnorm zu akzeptieren.

Wie auch wir vergeben unseren Schuldigern, aber nur, wenn sie sich dem alternativlosen Gottesstaat bedingungslos unterwerfen.

Und führe uns nicht in Versuchung, es sei denn, wir geben uns hemmungslos dem gottgefälligen marktliberalen Konsum hin, der einzig und alleine den Eingang ins Paradies gewährleistet.

Sondern erlöse uns von dem Bösen. Dem absolut Bösen, das aus dem höllischen Rachen Russlands als satanische Botschaft entweicht und dem Herrschaftssystem Gottes auf Erden, dem Land of the Braves, die Gefolgschaft verweigert. Der tatterige Erzengel Biden wird es richten.

Denn dein ist das Reich der strahlenden Demokratie, der Freiheit, der Menschenrechte und die Kraft der Eigenberäucherung mit Myhrre, Weihrauch, Gold, – und in der Neuzeit mit Werbung, oberflächlichem Geschwätz und «American Sports» als Lebensinhalt.

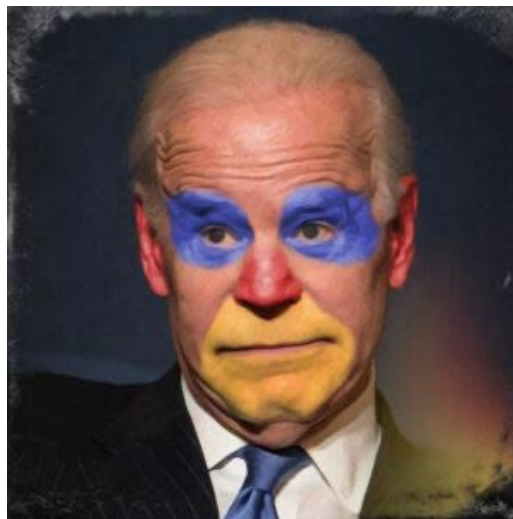
Oder als Voraussetzung die hegemonistische und imperialistische Anbetung der Selbstgefälligkeit und Hybris der US-Potentaten bis in alle Ewigkeit der Selbstverherrlichung. Wir verneigen uns vor dir, du Messias und Heilsbringer. Amen

Link: <https://www.abendblatt.de/politik/ausland/article235825475/Baerbock-vor-G20-Treffen-Russland-nicht-Buehne-ueberlassen.html>

Quelle: <https://qpress.de/2022/07/09/ein-loblied-auf-unsere-politischen-amazonen/>

Sleepy Joe, stärkster US-Präsident ohne Rückhalt

11. Juli 2022 WiKa Analyse, Hintergrund, Politik

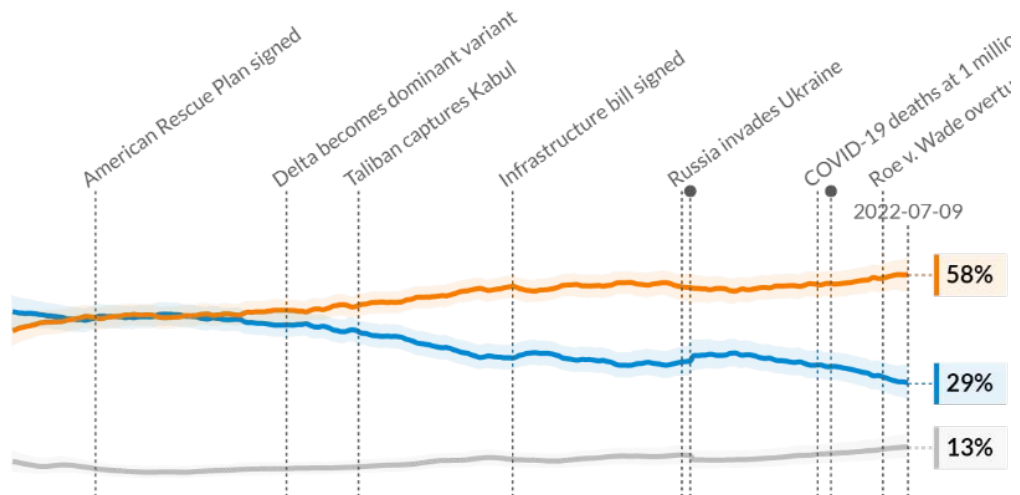


*Sleepy Joe, stärkster US-Präsident ohne Rückhalt
Waschen & Schminken:*

Joe Biden hat bei seiner Wahl in 2020 so viele Stimmen bekommen wie nie ein US-Präsident vor ihm. Der Streit darum, wie viele dieser Stimmen aus dubiosen Quellen stammen, ist bis heute nicht abschliessend geklärt und selbiges Thema wird bei unseren Medien gerne gemieden. Sei es drum, dem etwas dement wirkenden Superpräsidenten mangelt es aktuell an Rückhalt in der Bevölkerung. Nur noch gut 29 Prozent der Amerikaner sind halbwegs mit seinem Kurs einverstanden. Das ist für das phänomenale Wahlergebnis aus 2020 überaus dürftig.

Wie wir aus leidvoller eigener Erfahrung wissen, kommt es generell auf das Volk nicht an, sobald die Macht erst einmal für die kommenden vier Jahre gesichert ist. Das ist in den USA nicht anders als bei uns. Dort gibt es die zwei grossen Parteien, die sich ab und an die Klinke zum Weissen Haus in die Hand geben. Grundlegendes an der Politik ändert sich selten. Letzteres liegt vornehmlich daran, dass die Politik von ganz anderen Stellen aus dem Hintergrund gesteuert wird. Der vierjährige «Demokratiezauber» ist in der Regel nichts weiter als ein Placebo für das Dummvolk.

Grosses Achselzucken in der Bevölkerung



Genau aus diesem Grund braucht man den Umfragen zur Zufriedenheit mit der Arbeit des Präsidenten in den USA keine sonderliche Aufmerksamkeit zukommen lassen. Das Spektakel gehört ebenfalls in die Rubrik «Demokratiezauber». Einzig bemerkenswert ist, dass die Werte für Sleepy Joe derzeit so katastrophal sind, wie es das noch für keinen US-Präsidenten zuvor gegeben hat. In der vorstehenden Grafik lässt sich das ganze Elend über seine bisherige Präsidentschaft hinweg gut nachvollziehen.

Grundsätzlich waren Joe Bidens Zustimmungswerte, trotz des fulminanten Sieges, von Anfang an mässig bis schlecht. Niemals hat er es überhaupt geschafft eine Zustimmungsrate von über 50 Prozent zu generieren. Letztmalig überwog die Zustimmung zu seinem Handeln Ende April 2021 mit einem Wert von 48 Prozent. Danach konnte er meiningstechnisch nie wieder Oberwasser erlangen. Aktuell liegt die Ablehnungsrate ihm gegenüber bei 58 Prozent plus 13 Prozent der Befragten, die einfach nichts mit ihm anfangen können und daher in der Bewertung unentschlossen sind. Das sind satte 71 Prozent der Bevölkerung, die seiner Politik nunmehr achselzuckend gegenüberstehen.

Spassveranstaltung Wahl



Somit deutet allerhand darauf hin, dass in den Zwischenwahlen in den USA im Herbst 2022 mal wieder ein Richtungswechsel ansteht. Während wir in Deutschland die Auswahl zwischen Pest, Cholera und vermeintlich milderen politischen Krankheiten haben, sieht es in den USA bedeutend schlechter aus. Dort gibt es nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Wie weiter oben bereits erwähnt, bleiben die Wahlen in den USA auf der eigentlichen Handlungsebene stets folgenlos.

Mit etwas Glück könnten die Amerikaner ab 2024 wieder eine besser funktionierende Sprechpuppe als Präsidentendarsteller bekommen. Zumindest sollte sich dadurch der Unterhaltungswert des Theaters wieder steigern lassen. Mit noch mehr Glück folgte daraus wieder eine grössere Identifikation des Pöbels mit den Polit-Aufführungen des Weissen Hauses. Mit Biden wird das kaum mehr gelingen, obschon in seinem Umfeld darüber sinniert wird, ihn nochmal vors Loch zu schieben. Vielleicht gerade deshalb, weil er selbst kaum weiss, dass er gerade Präsident der Vereinigten Staaten ist. Demenz und Gewissen sind für eine Präsidentendarsteller-Figur traumhafte Voraussetzungen, wenn man sie richtig zu steuern weiss.

Quelle: <https://qpress.de/2022/07/11/sleepy-joe-staerkster-us-praesident-ohne-rueckhalt/>



*Ein Artikel von Jürgen Hübschen, 11. Juli 2022 um 8:46
 Titelbild: By United States Government –
 Made from video from this link. Transferred from en.wikipedia to*

Vor dem Hintergrund des russischen Krieges in der Ukraine und den massgeblich von den USA gesteuerten Reaktionen der NATO und der EU ist es angeraten, sich über mögliche Konsequenzen für Europa Gedanken zu machen, vor allen Dingen für den Fall, dass sich Washingtons Position aus nationalem Interesse ändert. Im Folgenden wird anhand von einigen Beispielen aufgezeigt und erinnert, mit welcher Selbstverständlichkeit die US-Administration und auch führende Politiker nach dem Eingeständnis schwerwiegender Fehlentscheidungen einfach zur Tagesordnung übergehen, ohne politische Konsequenzen zu ziehen und ohne über die Folgen für ihre eigenen Verbündeten nachzudenken.

Beispiele für politische Fehlentscheidungen Der Krieg in Afghanistan 2001–2021

Als Vergeltung für die Terroranschläge des 11. September 2001 führten die USA mit Unterstützung der NATO und anderer Verbündeter eine Militäroperation gegen die in Afghanistan herrschenden Taliban mit der Begründung durch, sie würden den für den Anschlag verantwortlichen Terroristen Unterschlupf gewähren. Den eigentlichen Kampfauftrag beendeten die USA im Dezember 2014 und wechselten in eine Unterstützungsoperation. Eine vorherige Absprache mit der NATO fand nicht statt. Als sich immer mehr abzeichnete, dass die Taliban erneut auf dem Wege zur Machtübernahme sind und Friedensgespräche wenig erfolgreich erschienen, beendeten die USA im August 2021 die gesamte Afghanistan-Operation und zogen – ohne vorherige Rücksprache mit ihren Verbündeten und der afghanischen Regierung – alle US-Truppen ab und liessen das völlig destabilisierte Land völlig auf sich gestellt zurück.

Die amerikanischen Sanktionen gegen den Irak nach der Operation «Desert Storm» 1991 und die Bewertung durch die ehemalige US-Aussenministerin Madeleine Albright

Im August 1990 marschierten irakische Truppen völkerrechtswidrig in das benachbarte Kuwait ein und besetzten das Emirat. Nachdem die USA im Weltsicherheitsrat auf der Basis von zwei gefälschten Videos das Mandat erhalten hatten, auch militärische Massnahmen gegen den Irak zu ergreifen, um Kuwait zu befreien, begann im Januar 1991 die von den USA angeführte «Operation Desert Storm». Nach dem Rückzug der irakischen Truppen aus dem Emirat und dem erfolgreichen Ende des Militäreinsatzes verhängten die USA mit Unterstützung der «Koalition der Willigen» massive Sanktionen gegen den Irak. Die Folgen waren für die Bevölkerung verheerend. Die Vereinten Nationen versuchten das Leid der Bevölkerung durch das Programm «Oil for Food» zu lindern, indem humanitäre Massnahmen durch Ölverkäufe des Irak finanziert werden sollten. Das Programm funktionierte aber nicht, weil zu viele Produkte auf der Sanktionsliste der USA standen und deswegen nicht importiert werden durften. Krebspatienten bekamen keine Medikamente mehr, für Nierenkranke stand keine Dialyse mehr zur Verfügung und Tausende von Kindern starben an den Folgen von Hunger und Krankheiten. Der Sonderbeauftragte der UNO für das «Oil for Food»-Programm, der deutsche Diplomat Hans-Christof Graf von Sponeck, trat aus Protest wegen den von den USA verhängten Sanktionen von seinem Amt zurück, um sich nicht mitschuldig zu machen.

Mitverantwortlich für die amerikanischen Sanktionen war die US-Politikerin Madeleine Albright, 1993–1997 UN-Botschafterin der Vereinigten Staaten und von 1997–2001 Aussenministerin der USA. Am 23. März dieses Jahres ist Madeleine Albright verstorben. Nach dem Prinzip «De mortuis nihil, nisi bene» äusserten

sich westliche Politiker überschwänglich zur Lebensleistung von Madeleine Albright und priesen sie geradezu als eine Lichtgestalt für zukünftige Generationen von Politikern. Normalerweise handele ich auch nach dem angesprochenen Grundsatz, sehe mich aber im konkreten Fall dazu nicht in der Lage.

Am 12. Mai 1996 führte die amerikanische Journalistin Leslie Stahl im US-Sender CBS ein 60-minütiges Interview mit Madeleine Albright und fragte sie u.a. zu den Folgen der von den USA verhängten Sanktionen gegen den Irak:

Leslie Stahl: «We have heard that a half million children have died (as a result of sanctions against Iraq). I mean, that is more children than died in Hiroshima. And, you know, is the price worth it?»

Madeleine Albright: «I think this is a very hard choice, but the price, we think the price is worth it.»

In einem Focus-Interview vom 13. November 2013 korrigierte Albright diese Aussage, als sie u.a. nach ihren grössten Fehlern gefragt wurde:

FOCUS: Sie sagten einmal, Sie könnten damit leben, dass wegen der Sanktionen gegen den Irak Kinder sterben. Das sei es wert gewesen. Wie beurteilen Sie Ihre Aussage heute?

Albright: «Das war die dümme Bemerkung, die ich je gemacht habe. Ich hätte es nie sagen sollen. Aber ich bin überzeugt, dass Menschen verstehen müssen, dass das Leid der irakischen Bevölkerung nicht die Schuld der USA oder der internationalen Gemeinschaft war, sondern die von Saddam Hussein. Aber es war trotzdem eine dämliche Aussage.»

Damit war das Thema für Madeleine Albright offensichtlich erledigt.

Der Irak-Krieg 2003

Obwohl die irakische Bevölkerung unvorstellbar unter den immer noch bestehenden Sanktionen litt, gab es keine Anzeichen für eine politische Schwächung des irakischen Herrschers. Ganz im Gegenteil schien sich seine politische Position ständig zu verbessern, und die internationale Staatengemeinschaft war wegen des Leids der Menschen im Irak nicht mehr bereit, die Sanktionen weiterhin mitzutragen. Es war aus der Sicht Washingtons zu befürchten, dass Saddam Hussein für eine unbestimmte Zeit weiterhin den Irak beherrschen würde. Um das zu verhindern, planten die USA eine erneute Militäroperation gegen den Irak, um Saddam Hussein zu stürzen.

Deshalb hielt der damalige US-Aussenminister Colin Powell am 5. Februar 2003 eine Rede vor dem Welt sicherheitsrat, mit der er den Krieg der USA gegen den Irak, der im März 2003 beginnen sollte, begründete und rechtfertigte. Er behauptete, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen, darunter fahrbare biologische Labore, habe ein umfangreiches verbotenes Raketenprogramm und unterstütze den internationalen Terrorismus.*

Bereits im September 2005 bedauerte Powell in einem Fernsehinterview seinen Auftritt im UN-Sicherheitsrat. Im US-Fernsehsender ABC sagte Powell u.a., er fühle sich «furchtbar» wegen seinen Aussagen, die sich später als unhaltbar herausgestellt hätten. Dies sei ein «Schandfleck» in seiner Karriere. Schliesslich sei er es gewesen, der für die Vereinigten Staaten der Welt diese Argumentation präsentiert habe. Das werde immer Teil seines Lebenslaufes sein. «Es war schmerzlich. Es ist jetzt schmerzlich.» Er habe keinerlei Beweise gesehen, die einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Irak unter dem damaligen Machthaber Saddam Hussein und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten nahelegten, sagte der ehemalige Aussenminister. Zu den Entwicklungen nach dem Sturz Saddam Husseins äusserte Powell sich skeptisch.

Die Vereinigten Staaten hätten es versäumt, unmittelbar nach dem Sturz genug Soldaten zu schicken und die irakischen Streitkräfte rasch wieder aufzubauen. «Es wäre vielleicht nicht so ein Durcheinander geworden, wenn wir einige Dinge anders gemacht hätten.» ...

Dieses von ihm angesprochene «Durcheinander» ist de facto ein noch heute politisch instabiler Irak, der durch die Sanktionen und die Militäroperationen auf die Stufe eines Entwicklungslandes zurückgefallen ist. Die Infrastruktur ist weitgehend zerstört, es gibt immer noch nur stundenweise Strom und in vielen Städten kein sauberes Wasser. Ebenso ist die medizinische Versorgung unzureichend und neben Tausenden von Toten und traumatisierten Menschen, darunter vor allem viele Kinder, haben Millionen Iraker ihre Heimat verloren, sind entweder ins Ausland geflohen und leben als «Displaced People» im eigenen Land. Auch die Entstehung der Terror-Organisation «Islamischer Staat» wäre ohne den völkerrechtswidrigen Krieg der USA so nicht möglich gewesen.

Der völkerrechtswidrige Krieg in Libyen und der Sturz von Präsident Mohammed Gaddafi

Am 17. März 2011 verabschiedete der Weltsicherheitsrat die Resolution 1973. Sie ermächtigte die internationale Gemeinschaft zu militärischen Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung in dem im Februar 2011 begonnenen Bürgerkrieg. Konkret billigte der Weltsicherheitsrat ein Waffenembargo gegen Libyen und die Einrichtung einer Flugverbotszone. Zehn Sicherheitsratsmitglieder stimmten für die Resolution, Brasilien, China, Deutschland, Indien und Russland enthielten sich der Stimme. Am 19. März begannen Frankreich, Grossbritannien und die USA mit ihrem Militäreinsatz. Sie operierten weit über die vom Weltsicherheitsrat gebilligten militärischen Massnahmen, die letztlich zum völkerrechtswidrigen Sturz des libyschen Herr-

schers führten. Die sich anschliessende Gesetzlosigkeit führte dazu, dass es sich bei Libyen mittlerweile um einen «Failed State» handelt, der von bewaffneten Milizen beherrscht wird und in dem sich noch heute zwei Regierungen um die Macht streiten. Der Krieg in Libyen ist eine wesentliche Ursache für die aktuelle Situation in Mali, wohin sich schwer bewaffnete Tuaregs nach dem Sturz des libyschen Herrschers abgesetzt hatten.

Der damals verantwortliche US-Präsident, Barack Obama, hat diesen Krieg in einem Interview mit «Fox News Sunday» als seinen schlimmsten politischen Fehler bezeichnet.

Ein grösseres Engagement der USA beim Wiederaufbau Libyens und dem Wiederherstellen der politischen Ordnung und Stabilität ist bis heute nicht erkennbar.

Der Atomvertrag mit dem Iran und die Sanktionen gegen das Land

2015 wurde der Atomvertrag mit dem Iran geschlossen, der 2018 einseitig und ohne Rücksprache mit den Verbündeten vom damaligen US-Präsidenten Donald Trump gekündigt wurde. Der Iran leidet weiterhin unter den von den USA initiierten und zusätzlich bilateral verhängten Wirtschaftssanktionen. Diese haben neben der Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung zu einem Wahlsieg sogenannten Hardliner geführt. Seit dem Präsidentenwechsel in den USA wird über eine «Reaktivierung» des Atomvertrags verhandelt. Der Iran macht seine Unterschrift von der Aufhebung aller Sanktionen abhängig. Russland will nur dann zustimmen, wenn die bilateralen Absprachen im Rahmen der nuklearen Zusammenarbeit beider Staaten weiterhin Bestand haben.

Die westliche Staatengemeinschaft und ihr Verhältnis zu Venezuela

2019 brachen die USA die diplomatischen Beziehungen und jegliche Zusammenarbeit mit Venezuela ab. Sie forderten den Sturz von Präsident Nicolas Maduro und erkannten den Oppositionsführer Juan Guaidó als neuen Präsidenten an. Auf Druck der USA schlossen sich die meisten westlichen Verbündeten dem Vorgehen der USA an. Venezuela wurde de facto aus westlicher Sicht zu einem «Paria-Staat». Jetzt haben die USA, ohne jegliche Rücksprache mit ihren Verbündeten, eine 180-Grad-Wende ihrer Venezuela-Politik vollzogen. Nachdem Washington wegen des Ukraine-Kriegs den Öl-Import aus Russland eingestellt hatte, wurden die Beziehungen mit Venezuela sozusagen «wiederbelebt», um die Ölversorgung der USA mit Hilfe des südamerikanischen Landes sicherzustellen. Damit soll vor allem der weitere Anstieg der Kraftstoffpreise gestoppt werden. Eine erste US-amerikanische Delegation hat sich in Caracas mit Vertretern der venezolanischen Regierung getroffen. Beide Seiten haben die ersten Gespräche positiv beurteilt.

Von den westlichen Verbündeten fordert Washington weiterhin, ihre Öl- und Gasimporte aus Russland zu stoppen, um dadurch den Krieg in der Ukraine nicht weiter zu finanzieren. Als Kompensation haben die USA eigene Gaslieferungen angeboten. Die EU scheint jetzt diese Import-Option anzunehmen, obwohl das amerikanische Gas zu einem grossen Teil durch das umweltschädliche Fracking gewonnen wird und deutlich teurer ist als das bislang von Russland gelieferte Gas.

Bewertung

De USA verfolgen mit ihrer Politik, unabhängig davon, welche Partei gerade den Präsidenten stellt, immer vorrangig bis ausschliesslich eigene nationale Interessen. Das ist legal und vor allem für eine Grossmacht auch durchaus üblich. Da unterscheiden sich China und Russland und auch andere Staaten überhaupt nicht von Washington.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang für Europa und nicht zuletzt für unser eigenes Land, diese Politik als solche zu erkennen und ihr nicht undifferenziert zu folgen.

Die angehängten Beispiele sollen verdeutlichen, wie absolutistisch die amerikanische Politik ist. Stellen sich politische Entscheidungen als nicht zweckmässig oder gar falsch heraus, werden diese rückgängig gemacht und in der Regel, ohne die Verbündeten, die diese Entscheidungen mitgetragen hatten, umgesetzt. Stellungnahmen der verantwortlichen US-Politiker sind geradezu banal und enthalten trotz der häufig katastrophalen Folgen keinerlei persönliche Konsequenzen. Diese müssen nicht nur von den Verbündeten ertragen, sondern vor allem von der jeweils betroffenen Bevölkerung ausgehalten werden.

Deshalb muss Europa auch in der aktuellen Situation endlich eigene Positionen beziehen. Jede verhängte Sanktion gegen Russland muss hinsichtlich ihres Zieles auf den Prüfstand gestellt werden, und zwar auch vor die Frage, ob dabei die Ziele der USA und Europas identisch sind.

Europa muss einen diplomatischen Lösungsvorschlag zur Beendigung des Krieges machen und dieser muss, auch wenn das nicht nur ungerecht erscheint, sondern letztlich auch ist, Präsident Putin die Möglichkeit geben, sein Gesicht zu wahren. Kriege und ihre Folgen sind leider niemals gerecht. Das hat die Geschichte gezeigt.

Ohne eine diplomatische Lösung wird – vereinfacht gesprochen – Präsident Putin weiter bomben lassen, der Westen immer neue Sanktionen verhängen und die Zivilbevölkerung und die Soldaten auf beiden Seiten den Preis dafür bezahlen.

Schlussendlich muss auch die grundsätzliche Frage beantwortet werden, wie denn das zukünftige Verhältnis zu Russland aussehen soll, wenn dieser völkerrechtswidrige Krieg beendet ist. Soll Russland ein Paria-staat werden oder ein Verbündeter Chinas? Oder sollte man sich nicht vielmehr Gedanken über eine europäische Sicherheitsstruktur machen, in die auch Russland eingebunden ist?

Es ist vorstellbar (vielleicht auch sicher?), dass die US-Administration die aktuelle Situation anders bewertet als die EU, nämlich:

- Die Führungsrolle der USA ist gestärkt.
- Die Verbündeten in der NATO sind auf Linie gebracht und wieder im Gleichschritt mit dem grossen Bruder auf der anderen Seite des Atlantiks.
- Die Regierungen der NATO-Länder sind bereit, für ihre Verteidigung deutlich mehr Geld auszugeben.
- Washington redet in der EU mit, obwohl die USA kein Mitglied sind.
- Russland ist – zumindest in der westlichen Welt – völlig isoliert und mutmasslich als Rivale auf der Weltbühne ausgeschaltet.
- Europa verzichtet zukünftig auf russische Öl- und Gaslieferungen.
- «Nord-Stream 2» wurde «beerdigt»
- Europa setzt in Zukunft massgeblich auf Gaslieferungen aus den USA

Mit Blick auf die angeführten Beispiele und auch auf die aktuelle Situation muss jedem verantwortlichen Politiker klar sein, dass Russland (bis zum Ural) ein europäisches Land und für viele Staaten ein direkter Nachbar und nicht auszuschliessen ist, dass die US-Administration ihre eigene politische Position ändert – und zwar ohne jede Rücksprache mit «Verbündeten» – wenn es aus nationalem Interesse sinnvoll erscheint.

** 11.07.2022 22:15 Uhr: In einer ersten Fassung des Artikels hatte unser Gastautor versehentlich geschrieben, dass die USA ein UN-Mandat für Ihren Angriff auf den Irak 2003 erhalten hatten. Dies stimmt in dieser Form nicht. Wir haben es umgehend korrigiert.*

Commons., Public Domain, commons.wikimedia.org/ w/index.php?curid=3532304

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=85684>



*Ein Artikel von Frank Blenz, 11. Juli 2022 um 11:59
Titelbild: DesignRage / Shutterstock*

Das tägliche Zeitunglesen geschieht heutzutage oft via Internet, so auch die Morgenlektüre. Und sogleich möchte man wieder ins Bett gehen, wenn man Kommentare wie den bei T-Online vorgesetzt bekommt, wo heute Montag früh unter der Rubrik «Tagesanbruch» getitelt wurde: «Jetzt kommt der Ernstfall.» Was der Autor über unser aller Lage loslässt, liest sich nicht wie die Meinung eines freien Journalisten, sondern wie eine Regierungssprecherlautbarung, eine Zurechtbiegung und Verdrehung von Ursache und Wirkung. Als Einstieg in den Tag lässt der Autor zudem – wie viele seiner Geistesgenossen – Vorschläge vermissen, wie der Ernstfall verhindert und/oder so gemildert werden kann, dass wir wieder aufatmen und optimistisch in die Zukunft blicken können. Optimismus, Friedfertigkeit, Zusammenarbeit, Konzepte, Koexistenz – all die Wörter fehlen. Und das bei einem Meinungsartikel. Ok, man kann ja auch der Meinung sein, dass Eskalation etwas Gutes hat. Ein Einspruch wider so einen Tagesanbruch von Frank Blenz.

Dem Kommentator sei zunächst bestätigt: Ja. Die Lage ist ernst. Doch sie war es schon lange. Sie hat sich zu einem grossen Ernst aufgebaut. Man hat gerade mehr und mehr den Eindruck, dass das absichtlich ge-

schiebt, diese Eskalation wird auf die Spitze getrieben, vor allem von Menschen, die meinen, nicht vom Ernstfall betroffen zu sein, ja sogar von diesem zu profitieren. Der T-Online-Autor Bastian Brauns macht da auch mit, so mein Eindruck, er macht sich seinen (scheinbar eigenen) Reim auf Ursache und Wirkung und meint, dass «durch energiepolitische Entscheidungen der letzten Jahrzehnte ausgerechnet der Bereich in Gefahr gerate, der am meisten profitiert habe: Die Industrie». Welche Entscheidungen das waren, damit wird der Leser allein gelassen.

Und nein, dass das Gas als wichtiger Rohstoff nicht so fließt wie bisher und das zu ähnlichem Preis, das ist nicht das Werk anderer, es ist selbst verschuldet. Diese Schuld wird geleugnet. Der Autor meint, dass Deutschland sich «derart ausweglos von russischem Gas abhängig gemacht habe», und erzählt von Nord Stream I, von der Leitung, die der russische Staatschef gerade «abgedreht» hat. Von der zweiten Leitung kein Wort, allein, dass die Abschaltung zehn Tage dauern soll, wegen Wartungsarbeiten. Im Grunde ist das doch in Ordnung, wenn eine Reparatur ansteht. Alternativen sind doch vorhanden, oder? Da war doch noch was? Eine zweite Leitung und andere Leitung von Ost nach West, genannt Nord Stream II. Und wer es noch nicht weiss, im Ostseebad Lubmin gibt es die entscheidende Empfangsstation der Pipeline Nord Stream 2. Diese Übernahmestation ist in Betrieb.

Das Drama aber geht weiter. Dass das jetzige Innehalten, dieser Stopp, eine Vorlaufzeit, eine eigene Verursachung hat, wo schreibt der Autor das? Die entscheidende Turbine von Nord Stream I ist in Kanada zur Reparatur. Das nordamerikanische Land hatte dann im Einklang mit Deutschland und den anderen willigen Sanktionierern versus Russland (vorübergehend) entschieden: Die Turbine wird nicht herausgerückt, das wäre ja noch schöner, Russland muss die Kraft der Willigen spüren.

Und nun? Nun spüren wir unsere eigene Blödheit und Borniertheit und Sturheit und die Folgen von Hass und Kalkül von Entscheidungsträgern, die ganze Länder zum Spielball geopolitischer Strategien machen. Hier sind wir, ist Deutschland also dran. Morgenkommentator Brauns fährt fort:

Aber bleibt es wirklich bei den angekündigten zehn Tagen? Die Sorge der Bundesregierung, insbesondere von Wirtschaftsminister Robert Habeck, dass der Kreml den Gashahn anschliessend gar nicht mehr öffnen könnte, ist gross. «Alles ist möglich. Alles kann passieren», warnte er am Sonntag erneut in einem «Deutschlandfunk»-Interview. «Wir müssen uns ehrlicherweise immer auf das Schlimmste einstellen», so Habeck.

Sollte dieses Szenario nach dem 21. Juli wirklich eintreten, müsste in Deutschland womöglich sehr viel schneller die dritte Gas-Notfallstufe ausgerufen werden. Das Gas in den deutschen Gasspeichern reicht dann für den Herbst und Winter nicht aus. Peter Adrian, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) warnte jetzt vor einem solchen «Super-GAU». Wenn der Fall eintreten würde, dass Betriebe ihre Produktion einstellen müssten, dann befürchte er «ganz klar eine Rezession». Über die negativen Auswirkungen sagte Robert Habeck: «Das wird Deutschland vor eine Zerreissprobe stellen, die wir lange so nicht hatten.»

Tatsächlich hat die letzte Stufe des «Notfallplans Gas» dramatische wirtschaftliche und soziale Folgen: Denn bei einer solchen «erheblichen Störung der Gasversorgung» würde die Bundesnetzagentur entscheiden, wer noch Gas bekommt und wem es abgestellt wird. Zwar trifft es dann zuerst die Industrie und nicht die Haushalte. Die wirtschaftlichen Folgen aber wären womöglich so gravierend, dass Deutschland in eine derartige Wirtschaftskrise rutschen würde, dass jeder Haushalt sie zu spüren bekäme. Ob diese Reihenfolge deshalb die richtige ist, darüber wird gestritten.

Die Lage ist ernst, weil den Habecks und Adrians nichts Besseres einfällt, als die aufkommende Katastrophe lediglich zu beschreiben und angstmachende Notfallpläne zu schmieden. Basta. Warum liest man nicht von ernsthaften Verhandlungen von Habeck und Co, von Wirtschaftsbossen mit Russland und anderen Nationen, warum deuten diese Leute keinerlei Entwarnung an? Der Kommentator sucht dazu keine Antworten, Fragen stellt er auch keine. Stattdessen stellt er fest, als wäre es beschlossene Sache:

So oder so: Die Deutschen werden ärmer. Denn die Energiepreise werden weiter explodieren. Wer nicht schon jetzt im Zweifel Tausende Euro für Nachzahlungen beiseitelegen kann, dem droht bei Nichtzahlung die Kündigung. Die Regierung berät deshalb bereits darüber, sogenannte Härtefallfonds einzurichten. Die Inflation wird in der Folge steigender Energiepreise immer weiter zunehmen. Das trifft ärmere Menschen besonders hart, aber längst auch die Mittelschicht. Sozialer Ausgleich wird wohl nur per weiterer Schuldenaufnahme gelingen. Bei gestiegenen Zinsen ist das ein grösseres Problem als noch in der Pandemie. Steuern zu erhöhen, könnte wiederum die Wirtschaft abwürgen.

So so. Die Regierung berät über Härtefallfonds. Und Steuern erhöhen, das könnte die Wirtschaft abwürgen. Das ist doch ohne schon gut gelungen, oder? Dem Kommentator wird allemal der Hauptgrund Krieg als Ursache für unser Nichtstun, für unser Versagen, für unsere Bredouille vorgesetzt und die Zusammenarbeit mit einem anderen Land als «Abhängigkeit» madig gemacht. Ironisch gedacht, könnte man sagen: Stimmt schon, wie kann man aber auch auf unserer schönen Erde, die von Lebewesen, den Menschen bewohnt wird, die als soziale, empathische Wesen nur überleben, wenn diese zusammenarbeiten und in konstruktiver, gegenseitiger Abhängigkeit leben, wie kann man dabei bleiben, dass man es für unsinnig hält, sich abhängig zu machen? Von der EU, von den USA, von der NATO usw. – von denen sind wir nicht abhängig?

Richtig ist doch, dass die Verächtlichmachung des Wortes «Abhängigkeit» zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen den Ländern führt. Was ist dabei, wenn wir voneinander abhängig sind? Wir liefern Dinge und Ideen und bekommen Dinge und Ideen. Was andere haben, bekommen wir so und genau so auch andersherum. Das geschieht weltweit. Immer. Wie soll die Geschichte aber ausgehen, mit dem grössten Land der Welt, welches über grosse Ressourcen verfügt, nichts mehr zu tun haben zu wollen, um dann aktuell scheinheilig darüber zu klagen, dass eben dieses Land sich von uns als Gegenreaktion unseres Handelns abwendet und gerade auch die Zähne zeigt?

Der Morgenkommentator hat keine Antworten parat. Er zählt die News auf, die Preissprünge, redet vom «heissesten Rohstoff der Welt». Ja, das ist ja alles ganz spannend. Und schaut zu, wie es den Westen inklusive Deutschland um so härter trifft.

Nicht nur Deutschland, die ganze Welt ist durch den russischen Angriffskrieg im Umbruch. Die brutale Realität dabei ist, dass trotz aller bisherigen Sanktionen des Westens der Krieg unvermindert weitergeht. Russland verkauft seine Rohstoffe jetzt nach China und nach Indien. Der asiatische Raum wird künftig vom günstigen Erdgas profitieren. Bislang mussten die Staaten dort das teurere Flüssiggas LNG kaufen.

Erdgas, ob flüssig oder nicht, ist derzeit der wohl am heissesten gehandelte Rohstoff der Welt. Seine Preissprünge sind Treiber der globalen Inflation. In Europa liegt der Preis rund 700 Prozent über dem vom Anfang des letzten Jahres. Was im Kalten Krieg einst das Öl war, scheint im neuen Mehrkampf der Grossmächte das Erdgas zu sein.

Den Westen trifft es darum umso härter, vorneweg Deutschland und Europa. Zumindest so lange die erneuerbaren Energieträger-Alternativen, geschweige denn eine grüne Wasserstoffindustrie, noch nicht weit genug ausgebaut sind. All das wird noch Jahre dauern.

Diese Zeit zu überbrücken, ohne soziale Verwerfungen, ist die wohl grösste Aufgabe unserer Zeit. Nichts fürchten die Regierungen, ob in Deutschland, Europa oder den USA mehr, als dass ihnen der Rückhalt in der eigenen Bevölkerung wegbricht. Schon jetzt muss die US-Regierung gegen irreführende Behauptungen ankämpfen, dass Amerikas Energiepreise nur deshalb so hoch seien, weil die USA ihre Rohstoffe nach Europa lieferten.

Zum Finale dann schreibt Brauns gar, dass die Regierungen in Deutschland, Europa oder den USA einen Rückhalt in der Bevölkerung hätten, der wegbrechen könnte. Was für einen Rückhalt? Für das Gegen-die-Wand-Fahren? Der Rückhalt ist schon weggebrochen, es ist längst an der Zeit, einen konsequenten Kurswechsel zu beginnen. Wie wäre es mit Entspannungspolitik, mit Massnahmen, die denen der Pandemie gleichkommen, in der doch über Nacht alles möglich wurde (und weiter möglich ist), was vorher als «Massnahme» ohne Einspruchsmöglichkeit undenkbar schien?

Entspannungspolitik schliesst auch ganz dringend ein, dass die Diplomatie Tag und Nacht arbeiten muss, dass die Medien moderate Töne finden müssen, dass man zu Schlagzeilen wie heute früh, «Selensky will mit einer Million Soldaten den Süden der Ukraine zurückerobern», deutlich sagt: Nein. Keine Kriegsverlängerung. Frieden muss das Ziel sein. Für all das braucht es nur politischen Willen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=85719>

Die Schlafwandler, oder doch nicht?

Erstellt von Dr. Norbert van Handel, 4 Juli 2022 Bilder: depositphotos



In seinem richtungsgebenden Werk «Die Schlafwandler» beschrieb Christopher Clark wie Europa in den ersten Weltkrieg taumelte.

Die heutige Situation scheint es uns notwendig zu machen, einen kleinen Blick in die Geschichte zu werfen: So war keineswegs Sarajewo allein der Auslöser der Urkatastrophe Europas.

Vereinfacht gesagt:

England war eifersüchtig auf Deutschland, wegen dessen hervorragender Wirtschaft, der Aufrüstung der Marine und schliesslich der diversen kolonialen Wünsche – «ein Platz an der Sonne».

Frankreich hatte die Niederlage von Sedan nicht verdaut, wollte Elsass-Lothringen zurück, vor allem aber, so meinen wir, war die überaus taktlose Etablierung des deutschen Kaiserreiches ausgerechnet in Versailles, eine schwärende Wunde im Stolz Frankreichs.

Russland schliesslich konnte sich am Balkan weder mit den Türken noch mit Österreich-Ungarn, was in diesem Falle noch wichtiger war, in konstruktiven Verträgen über die Entwicklung des Balkans einigen.

Wenige Jahre vor dem Krieg standen die Zeichen bereits auf Sturm, konnten aber immer wieder gelöscht werden:



Die zwei Balkankriege 1912 und 1913, an denen Österreich-Ungarn, trotz Bitten verschiedener Seiten, nicht teilnahm, führten zu viel grösseren Gebietsverschiebungen als etwa die russische Annexion der Krim 2014. Die nicht unproblematische Integration Bosniens und Herzegowinas nach Österreich-Ungarn.

Die Agadir-Krise, in der Deutschland intervenierte, um die Übernahme Marokkos durch Frankreich zu verhindern, was nicht gelang – Deutschland wurde dafür mit einem Teil im französisch Äquatorial Afrika entschädigt – was jedoch die Achse Frankreich England deutlich stärkte und Deutschland in der Weltöffentlichkeit in Misskredit brachte.

Der erste Schuss – Gavrilo Princip erschoss den österreichischen Thronfolger in Sarajewo – löste letztlich einen Weltkrieg aus, der Europa zerstörte und den Beginn der USA als Suprematsmacht, vorerst in Europa, später im britischen Empire festigte, wobei dies erst der Anfang war.

Die Friedensverträge in Saint Germain, Versailles und Trianon zerstörten Österreich-Ungarn und schufen, was Deutschland betrifft, die Vorbereitung für den zweiten Weltkrieg.

Dessen Ende 1945 bestätigte die USA als Supermacht, die nunmehr begann, die Welt zu imperialisieren. Legt man dies auf den Ukraine-Konflikt um, so findet man zahlreiche Ähnlichkeiten, nur dass diesmal Russland der Gegner ist.

Bedauerlicherweise begann Russland (nach einem ständigen die russische Bevölkerung unterdrückenden Kleinkrieg im Donbass) den Krieg, dessen Ende nicht absehbar ist.

Niemand wird leugnen, dass Russland in zahlreichen Aktionen in den letzten 20 Jahren versuchte ein gezieltes Auskommen mit dem Westen zu erzielen, was von diesem jedoch immer, man darf wohl sagen, nicht einmal ignoriert wurde.

Die abfällige Bemerkung von Präsident Obama, sinngemäss «Russland ist eine eher unbedeutende Regionalmacht» dürfte den geschichtsbewussten Präsident Putin mehr getroffen haben, als man glaubt.

Wenn man sich die Ereignisse seit dieser Zeit vor Augen führt, dann dürfte mit jener dümmlichen Bemerkung des amerikanischen Präsidenten der innerliche Umschwung in Russland erfolgt sein:

Es hat keinen Sinn mehr zu versuchen mit dem Westen auf gleich zu kommen, jetzt geht es nur noch um die russischen Interessen. So könnte Putins Motivation ausgesehen haben.

Politik ist nicht nur ein hochbürokratisches Momentum qualifizierter leitender Persönlichkeiten, sondern auch eine Sache der Psychologie.

Auch ein weiterer Vergleich aus der Geschichte, nämlich die Kuba Krise vor 60 Jahren, scheint uns wichtig. Kurz Zusammengefasst, wollte die UDSSR sowjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba im Rahmen des nuklearen Wettrüstens stationieren.

Als die USA davon erfuhr und es zu zahlreichen Verhandlungen kam, die eher schleppend verliefen, drohte John F. Kennedy, der stets friedensbemühte letzte grosse Präsident der USA, einen atomaren Gegenschlag an.

Alle Zeitzeugen, die sich daran erinnerten, wissen, dass dies keine leeren Worte waren, sondern dass die Welt damals am Rande des Atomkriegs stand.

Die USA vermeinten, dass russische Raketen auf dem zwar selbstständigen, aber nur einige hundert Kilometer von Miami entfernten Kuba, ihre Sicherheit in unzumutbarer Weise gefährden würden.

Wenn auch Vergleiche meist hinken, so ist doch das Sicherheitsbedürfnis der USA im Jahr 1962 durchaus vergleichbar mit dem Sicherheitsbedürfnis Russlands, das sich durch die Nato an seiner Westgrenze entsprechend bedroht fühlt.

Da man auch aus der jüngsten Geschichte, Vietnam-, Irak-, Afghanistan-, Jugoslawien-Krieg etc. weiss, dass die von den USA gesteuerte Nato durchaus bereit ist Kriege zu führen, scheint einem objektiven Beobachter die Sorge Putins nicht unbegründet.

Was aber unterscheidet die heutige Situation von früher?

Der Westen vermeint, dass in der Ukraine, immerhin einem der korruptesten Staaten, die europäischen Werte gegen den bösen Autokraten aus dem Osten verteidigt werden.

Welche europäischen Werte?

Noch niemals in einem uns bekannten Krieg haben 28 westeuropäische Nationen, wenn wir Grossbritannien dazurechnen, in dieser massiven Form in den Konflikt zweier, in diesem Fall im russisch-orthodoxen Kulturraum liegenden, Staaten interveniert.

Wirtschaftssanktionen Sonderzahl lassen die Bevölkerungen Westeuropas verarmen. Ausstehende Energieeinfuhren von Russland zerstören Wirtschaft und die legitimen Bedürfnisse der Bevölkerung in ihren Ländern.

Provokationen, wie etwa die Unterbrechung des Transits durch Litauen zwischen Russland und dem russischen Kaliningrad oder Angriffe auf das mit Russland befreundete aber nicht im Krieg stehende Belarus, schaukeln den Konflikt weiter auf.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass genau diese Provokationen nicht geschehen wären, wenn die Nato, sprich die USA, diesen Sanktionen nicht zugestimmt hätten.

Zum Unterschied zu den «Schlafwandlern» scheinen sich die heute agierenden Staaten sehr wohl bewusst zu sein, welches Risiko sie eingehen.

Ob «dunkle Mächte», die Verschwörungstheoretiker bestens artikulieren und vielleicht dabei sogar nicht unrecht haben, existieren, kann nicht bewiesen werden.

Dass die meisten Medien nicht bereit sind objektiv sämtliche Standpunkte, und zwar beider kriegsführender Nationen, zu diskutieren, lässt weiters die Frage offen, wieso dies so ist und ob die Qualität des Journalismus tatsächlich schon so weit gesunken ist, nicht zu informieren, sondern Politik zu machen und zu beeinflussen.

Hier sieht man nicht mehr die Kontrollfunktion der Presse, sondern dass laufend und massiv, sowohl im Print- als auch im elektronischen Bereich, Partei ergriffen wird.

Die Bevölkerung wird nicht informiert, sondern manipuliert.

Die Geschichte zeigt, dass Entwicklungen dieser Art zu einer Katastrophe führen, die für Jahre hinaus Millionen von Menschen verarmen, gigantische Flüchtlingsbewegungen auslösen werden und letztendlich nur den USA nützen. Zunehmend mehr sieht die USA die Welt als ihr Imperium und wenn dieser Konflikt einmal, wir wissen nicht wann, erledigt sein sollte, werden sie sich den fernöstlichen Konfliktsituationen, man denke nur etwa an Taiwan, zuwenden.

Europa wird dann verarmt sein, die USA wird wenig riskiert haben und, wahrscheinlich nicht nur allein über die Waffenverkäufe, wohlhabender geworden sein und wir alle müssen feststellen, dass statt Demokratie und internationalem Zusammenwirken, Hegemonie und Befehlsausgabe aus Washington erfolgen wird.

Was nicht geschehen wird ist, dass Russland so minimiert werden wird, wie es die USA und ihre Verbündeten gerne hätten.

Im Gegenteil, der kalte Krieg wird noch kälter werden, dem Westen wird ein gefestigter Block im Osten, bestehend aus Russland, Indien, China und den südöstlichen Tigerstaaten gegenüberstehen.

Keine Aussichten, die eine Welt zeigen, die für unsere Enkel lebenswert sein wird und das unabhängig von allen anderen Problemen.



Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/die-schlafwandler-oder-doch-nicht/>

Wir bleiben nicht zuhause

Mittwoch, 13. Juli 2022, 17:00 Uhr

Sobald es zur Triage bei der Gasverteilung kommt, stellen Ausgangspflichten zur Energieeinsparung eine denkbare Option dar. Von Roberto J. De Lapuente

Bibbern oder blechen? Die Wahl zwischen beiden Übeln könnte dem Bürger im kommenden, nahezu gaslosen Winter abgenommen werden. Damit man gar nicht erst in die Versuchung kommt, angesichts der Kälte in den eigenen vier Wänden den Heizungsregler aufzudrehen, ist eine Ausgangspflicht eine denkbare Option. Die Menschen sollen sich draussen zusammenrotten – mit Maske versteht sich – und einander wärmen. So kann sicherlich noch einiges an Gas gespart werden. Folglich ist auch tugendhaft, wer auf das regelmäßige Duschen verzichtet. Die ersten Meldungen aus den Leitmedien lassen erahnen, dass aus solchen Überlegungen – die jetzt noch satirisch anmuten – bald schon heftiger Ernst werden könnten.

Demnächst ist es wohl so weit. Spätestens im Herbst, wenn es wieder kühler wird und wir uns ein warmes Plätzchen wünschen, auf einem Sofa neben einer Heizung: Wir werden es nicht verwirklichen können. Warm zu duschen wird Luxus – oder ein Ding der Unmöglichkeit, je nachdem, wieviel Gas gerade verfügbar sein wird. Der Wirtschaftsminister lässt uns indes schon mal wissen, dass er bereits jetzt weniger duscht als früher: Er ist im Triage-Modus.



Foto: Benevolente82/Shutterstock.com

Das haben wir doch jetzt die letzten zwei Jahre brav geübt: Triage. Also wie gehen wir damit um, wenn Ressourcen knapp werden und die Nachfrage hoch ist? Die Bundesregierung hat Massnahmen ergriffen, um genau so eine Triage zu vereiteln. Keine, die wirklich angemessen waren, wie wir seit dem Evaluationsbericht wissen – oder wenigstens wissen könnten. Interessiert ja keinen wirklich: Denn Interesse ist ein so rares Gut wie Gas, ein Intensivbett oder eine Intensivpflegekraft. Es könnte sein, dass ich in den folgenden Zeilen aus purem Zynismus übertreibe, dem Affen Zucker gebe – oder aber, es kommt genau so, wie ich es schreibe: Weil zwischen Satire und Realität schon lange kein grosser Unterschied mehr besteht.

Ausgangssperren einst, Ausgangspflichten bald

Um Triage zu verhindern, so der Stand im Frühjahr 2021, konnte nur noch eine Massnahme helfen: Nächtliche Ausgangssperren. Das Bundesverfassungsgericht ging kurz vor dem Beschluss dieser Massnahme nochmal nächtlich aus, speiste bei der Bundeskanzlerin und kam Monate, nachdem man den Bürgerinnen und Bürgern des Nachts Hausarrest erteilte, zu der Einschätzung, dass so eine Ausgangssperre noch nicht mal gegen das Grundgesetz verstosse.

Die Situation hat sich nun freilich geändert. Wenn wir eine Triage bei der Gasverteilung vermeiden wollen, dürfen die Menschen nicht daheim rumsitzen, ganz im Gegenteil: Sie müssen raus. Betonung liegt auf Müssen. Das geht nur mit einer täglichen Ausgangspflicht. Wer nicht in den eigenen vier Wänden rumlummelt, kommt nicht in die Versuchung, am Heizknauf zu nesteln oder am Duschkopf zu fingern. Rausgehen, unterhaken, und das trotz Abstandsgebot – nur so kriegen wir diese Ressourcenproblematik in den Griff.

Die Absonderung war letzten Herbst noch das Gebot des Augenblicks. Je vereinzelter und vereinsamer die Menschen waren, so die These, desto weniger positive Testresultate gibt es. Jetzt wiegt die Lage anders: Wer sich absondert, der friert schneller. Räume heizen sich auf, wenn mehrere in einem sind. Menschliche Körper sind wahre Heizboliden.

Was spricht denn gegen einen Fürsorgestaat, der jetzt Zusammensein verordnet? In so einem Miethaus treffen sich dann alle bei einem Mieter, sitzen zusammen, schlafen in einem Raum. Wenn es kalt wird, kuschelt man. Schmusen, um Triage zu verhindern? Make Love not War! Wer das beanstandet, muss wirklich ein schlechter Mensch sein!

Schon alleine deshalb ist es so wichtig, dass die Maske wieder eine Rolle spielen wird. Die sollte man natürlich tragen. Beim Zusammensitzen, ebenso wie später, wenn es in die Heia geht. Dass hierzu gesondert Abschnitts- beziehungsweise Wohnungsbevollmächtigte zu ernennen sind, wird noch explizit im Infektionsschutzgesetz und im Energiespargesetz erfasst. Der Bevollmächtigte hat Rechenschaft abzulegen, wenn in seinem Abschnitt die Inzidenzen bei Virusnachweis und Gasverbrauch steigen. Nur morgens, wenn man flugs in Dreiergruppen unter den Duschstrahl huscht, darf man mal kurz die Maske lupfen.

Ein glückliches Volk von Clochards

Überhaupt ist ja wohl klar, dass wir mit Parametern wie dem Inzidenzwert beste Erfahrungen gemacht haben. Daher scheint es völlig nachvollziehbar zu sein, dass wir im Herbst noch einen solchen massgeblichen Wert vorgesetzt bekommen, der anzeigt, wie viele Dusch- und Heizminuten pro 100'000 Menschen in Deutschland verbraucht wurden. Ab einem gewissen Wert wird dann die Bundesnotbremse aktiviert, ein Wellenbrecher oder ein Kurzlockdown, irgendetwas von all diesen wunderbar wirkungsvollen Massnahmen, die uns das Coronavirus schenkte.

Bitte, ich hoffe doch, dass sich dann auch Leute finden, die bereit sind, sich in einer Sekte zu formieren, die sich einer Zero-Gasverbrauch-Strategie oder einer No-Heizverbrauch-Fraktion verschreiben. Auch das hat uns die vorherige Krise gezeigt: Solche Sekten sind notwendig, nur sie ermöglichen es unter Garantie, dass die Menschen im Lande paranoid genug werden, um jede fiese Regelung zu ertragen.

Es darf einfach keine rote Linie mehr geben, alles muss auf den Tisch, die Unverletzlichkeit der Wohnung sollte zuallererst aufgeweicht werden.

Auch eine Teststrategie ist notwendig. Hierzu wären PH-Teststreifen geeignet. Wer ins Restaurant, Theater oder ins Kino möchte, muss beweisen, dass er ungeduscht ist. Ab einem Inzidenzwert von 500 sollte man das auch auf den Arbeitsplatz ausweiten.

Die Förderung von Vorbildern wird unabdingbar. Daher ist es dringend geboten, dass die Vertreterinnen und Vertreter der öffentlich-rechtlichen Duschanstalten ungewaschen vor die Kamera treten. In dicken Mänteln, die nicht zu protzig sein dürfen, damit sich das gemeine Volk mit ihnen identifizieren kann. Erst wenn Markus Lanz mit Dreitagebart und Speckkragen auf Studiogäste losgehen darf, die geschniegelt und gestriegelt wirken, während sie die Bundesregierung ins Gebet nehmen, endlich mit Russland ins Gespräch zu kommen, um diese Massnahmen endgültig beenden zu können, werden wir ein glückliches Volk von Clochards sein.

Klar, das ist eine Glosse: Sie muss deswegen aber nicht unbedingt erfunden sein

Mir ist klar, dass etliche unter Ihnen das reichlich albern finden. Ich entschuldige mich dafür. Aber stellen Sie sich vor, ich hätte im Februar 2020 so einen Unsinn auf eine weisse Seite gestampft, als wir aus fernen Erdteilen etwas von einem Virus erfuhren, das vielleicht bald um die Welt gehen wird. Ihre Reaktion wäre ausgefallen wie jetzt. Einen Spinner hätten Sie mich geheissen. Und ich sage nicht mal, dass Sie damit Unrecht gehabt hätten. Denn just in dem Augenblick, als ich damals so ein Szenario beschrieben hätte, wäre mir meine Spinnerei freilich selbst aufgefallen.

Selbstverständlich sind diese Zeilen als Glosse gedacht. Aber wir sollten vorsichtig sein mit dem, was wir für den Stoff von Satire halten und was für Realität.

Die Erfahrung der letzten beiden Jahre lehrt, dass Satire gar nicht so erfindungsreich sein kann wie das, was die Wirklichkeit und ihre willfährigen Protagonisten für uns bereithalten. Der Weltgeist ist zynischer, sarkastischer und obendrein drastischer als jeder Plot.

Indes wir heute noch spötteln, dass sie uns Ausgangsverpflichtungen erteilen könnten, sind wir vielleicht morgen schon unterwegs, um uns Klappstühle zu besorgen, damit wir während des erzwungenen Ausgangs auch mal ein bisschen sitzen können. Und während die Leute einst von Parkbänken verscheucht wurden, lädt sie die Polizei vielleicht morgen schon ein, darauf Platz zu nehmen.

Was sich uns aber aufdrängt, das ist der Umstand, dass Niedergang nie so bierernst ist, auch wenn er wehtut, wenn dabei Menschen leiden müssen. Er vollzieht sich stets so, dass er die ganze Lächerlichkeit des Menschengeschlechts offenbart. Daher sind Zeiten wie diese immer auch voller Lachhaftigkeit. Denn nichts entblösst sich so sehr wie der Mensch, der sich den Logiken des Krieges und der dazugehörigen Propaganda, der Bevormundung und der staatlichen Kontrolle unterwirft. Das Mitläufertum, so elend es ist, so verachtenswert überdies, ist immer auch eine Ausgeburt einer Komik, die offenbart, wie es um den geistigen Zustand solcher Gestalten bestellt ist.

Die Witzfigur ist in diesem Sinne ebenfalls Protagonist der Krise, des Kollapses und der Katastrophe, wie der Hetzer, der Gefolgsmann oder der Aktivist, der sich den kruden Parolen der Stunde unterordnet.

Wenn sie bald schon nicht mehr ›Stay Home!‹ rufen, sondern die Losung ausweiten, indem sie ›Stay away from Home!‹ plärren, dann haben wir ob dieses Irrsinns sicher viel zu lachen, während uns synchron dazu die Tränen der Wut und der Verzweiflung die Wangen hinabrinnen.

PS: Die Schwurbelpresse schreibe ich meist am Sonntagvormittag. Kaum habe ich diesen aktuellen Kolummentext an den Rubikon gesandt, stach mir folgende Meldung der Bildzeitung ins Auge: ›Arme und Alte sollen in Hallen schlafen.‹ Der Krisenstab der Stadt Ludwigshafen plant dahingehend. Sie sehen also, nächste Woche um diese Zeit ist mein heutiger Text keine Satire mehr, sondern der Fahrplan für den Herbst.

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/wir-bleiben-nicht-zuhause>

Inflation: Wie die Politik unser Land an die Wand fährt

13. Juli 2022

Mit den Grünen mit Vollgas in die Mangelwirtschaft.

Nicht nur Wirtschaftsfachleute wissen, dass die ›Ampel‹ mit ihrer Politik die Inflation fördert und die Deindustrialisierung Deutschlands vorantreibt. Eine vernichtende Bilanz.



Die ökonomische Personalikone der deutschen Nachkriegszeit hatte zur Inflation jedenfalls noch ein beruhigend klares Verhältnis. Der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard meinte: «Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.»

Der deutsche Medienkonsument, der wach und verständig rezipiert, weiss, dass die Verteuerung durch eine grün-ideologisierte Politik verursacht wurde und wird. Immerhin hat die von den Liberalen in der Regierungskoalition zumindest tolerierte CO₂-Öko-Religion dreistellige Teuerungsraten im Energiebereich als Inflationstreiber gebracht. Oligopolistischen Mineralölkonzerne und die Öl-Handelsgesellschaften tun ein Übriges, um beim Abschöpfen im grossen Stil nicht die Preise an den Zapfsäulen nach unten rutschen zu lassen. Alles Gauner oder was?

Ach so, und mitnichten ist für das ganze ungute Szenario der Ukraine-Krieg ursächlich. Das wird von den Mainstream-Medien zwar gern und penetrant suggeriert, doch wird dabei die Tatsache verschwiegen, dass das eigentliche Inflationspotential in der seit 2015 vervierfachten Geldmenge in Europa auf Zentralbankenebene liegt. Inflationstreibend wirkt auch, dass die politisch gemachte Corona-Krise mit ihren völlig überzogenen Massnahmen zu bis heute anhaltenden Lieferkettenbrüchen führte. Das bedeutet weniger Produktion und damit weniger Güter, die auf gleich viel oder mehr Geld treffen. In dem Zusammenhang verweist

der AfD-Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel gerne zusätzlich auf einen Umstand, den die wenigsten (auf dem Schirm haben). Nämlich die unrechtmässige Migrationspolitik der ehemaligen Kanzlerin, die denjenigen, die hier schon länger gut und gerne leben, eine gigantische Anzahl sogenannter «neuer Mitbürger» bescherte. Das wiederum drückt in den Immobilien- und Mietmarkt. Dirk Spaniel: «Hier hat sich die Massmigration als Preistreiber herausgestellt. Die nahezu plötzliche Anwesenheit von zwei Millionen Menschen mehr in Deutschland führt zu einem akuten Mehrbedarf an 500'000 bis einer Million Wohneinheiten, was so keiner in die Langfrist-Planung eingebaut hatte.»

So richtig «lustig» wird es ab Dezember 2022. Dann soll nämlich – Beschluss des Bundestages – kein russisches Erdöl mehr importiert werden dürfen. Weil es den Deutschen dann immer noch zu geht, werden ab Frühjahr 2023 russische Diesel-Importe gestoppt. Bisher kamen etwa 30% des in der Bundesrepublik verwendeten Gases aus russischen Pipelines, so auch circa 20% des tankbaren Diesels. Das Problem wird sich allerdings in Bälde nicht nur in den Tankstellen bemerkbar machen, denn das umweltschädliche Flüssiggas aus den USA und Katar kostet heute schon das Sechsfache von dem, was russisches Gas kostet. Gas fällt in jedem Fall zukünftig als sogenannte Regelernergie, die die Verluste der erneuerbaren «Flutterenergie» aufhängt, aus.

Bis dato kamen 20% unseres Stroms aus Gaskraftwerken. Doch der grüne Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, der mit Deutschland bis heute noch nie etwas anfangen konnte, sträubt sich aus ideologischen Gründen dagegen, die Laufzeit der noch laufenden drei Kernkraftwerke zu verlängern. Das Ergebnis der politischen Fehlentscheidungen haben die Deutschen zu tragen. Der Strom wird noch teurer werden. Neue Stromverträge setzen bereits jetzt 0,50 € für die Kilowattstunde fest, alte nannten ca. 0,30 €/kWh als Abrechnungseinheit. Beim Gas liegen die Neuangebote um den Faktor 4 höher als vorher, was im Gasenergiebereich eine Inflation von 400–500 Prozent Inflation bedeutet. Schätzungen für einen Vier-Personen Haushalt liegen bei künftigen 2500 € Mehrausgaben per anno, falls Gas als Energie verwendet wird.

Für den promovierten Maschinenbauingenieur Dirk Spaniel ist der Fall klar: «Die Gesetzesbeschlüsse des Bundestags zeigen eine deutliche Tendenz hin zu massiver Zentralisierung und Planwirtschaft. Die wenigsten bekommen es mit, aber es wurden bereits Enteignungs- und Requirierungsgesetze beschlossen und in der Sommerpause soll das neue Energieversorgungssicherheitsgesetz kommen, dessen Inhalte wir von der Opposition noch gar nicht kennen. Der Staat ist der Inflationsgewinner, er profitiert über die Einkommenssteuer und die durch höhere Preise ebenfalls höhere Mehrwertsteuer. Und, er ist der Inflationsgewinner, weil er sich über die Vernichtung der Kaufkraft, die Entwertung des Geldes bequem entschulden kann.» Spaniel als Obmann des Bundestagsausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur sieht Deutschland schon jetzt auf dem Weg in eine Mangelwirtschaft, da schon jetzt der Mangel zu verwalten ist und eine ansatzweise Notwirtschaft herrscht.

Quelle: <https://www.pi-news.net/2022/07/inflation-wie-die-politik-unser-land-an-die-wand-faehrt/>



Ein Artikel von Wolfgang Bittner, 12. Juli 2022 um 8:15

Vorbemerkung: Die Überschrift des folgenden Artikels von Wolfgang Bittner fand ich faszinierend gut. Ein richtiger Stolperer. Wichtig. Wir sollten uns merken, in welche kritische Lage uns die Regierenden sehenden Auges bringen werden. Bitte weitersagen. Albrecht Müller.

Am 6. Juli 2022 wiederholte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck auf der Münchner Handwerksmesse das, was er schon mehrmals gesagt hat: «Es kommen noch enorme Preiserhöhungen auf uns zu.» Der Herbst werde teuer, und auf etwa 50 Prozent der Bevölkerung komme eine Situation zu, «in der sie weniger verdienen als sie ausgeben».[1] Für die deutsche Wirtschaft bedeute der steile Anstieg der Energiepreise das dreifache Risiko von Kaufkraftverlust, drohender Kreditklemme und Investitionsschwäche. In den Unternehmen gebe es eine wachsende Investitionszurückhaltung, und bei den Banken eine wachsende Zurückhaltung, Kredite zu vergeben.[2]

Schon Ende Juni hatte Habeck erklärt, als sei das selbstverständlich und sozusagen gottgewollt: «Es kann wirklich problematisch werden», er rechne mit dem Schlimmsten. [3] Es drohe «eine Blockade von Nord Stream 1 insgesamt», und damit sei ein vollständiges Ausbleiben russischer Gaslieferungen durch die Ostseepipeline zu befürchten.[4] Deswegen, so Habeck, könne es «wirklich problematisch werden».

Die Bevölkerung wird dementsprechend ohne jegliche Skrupel aufgefordert, weniger Gas zu verbrauchen, am Strom zu sparen, weniger zu duschen und so weiter. Einige Vermieter gehen bereits dazu über, Warmwasser zu rationieren. Wie schon in der Corona-Pandemie werden die Menschen in einem permanenten Alarmmodus gehalten, der sie im Sinne einer mehr und mehr verfehlten, existenzbedrohenden Politik beeinflussbar macht.

Oskar Lafontaine hielt Habeck kurz und knapp entgegen: «Wenn man an die eigene Bevölkerung denkt, gibt es nur eine Lösung: Öffnet Nord Stream 2, um das Schlimmste zu verhindern.»[5] Und er fuhr fort: «Es war doch wirklich peinlich, mit anzusehen, wie Biden auf der Pressekonferenz mit Scholz in Washington diesem überdeutlich machte, wer bestimmt, ob die Ostseepipeline Nord Stream 2 in Betrieb genommen wird oder nicht. Wann wird es einen Bundeskanzler geben, der den Mut hat, Washington zu sagen, bis hierhin und nicht weiter.»

Zum Ukraine-Krieg berief sich Lafontaine auf den renommierten US-Ökonomen Jeffrey Sachs, den er zitierte: «Der Krieg in der Ukraine ist der Höhepunkt eines 30-jährigen Projekts der amerikanischen neokonservativen Bewegung (Neocons). In der Regierung Biden sitzen dieselben Neokonservativen, die sich für die Kriege der USA in Serbien (1999), Afghanistan (2001), Irak (2003), Syrien (2011) und Libyen (2011) starkgemacht und die den Einmarsch Russlands in die Ukraine erst provoziert haben.»[6]

Papst Franziskus zum Ukraine-Krieg

In diesem Zusammenhang ist eine Stellungnahme des Papstes erhellend. In einem Interview zur Ukraine sagte Franziskus, der ja wohl als unvoreingenommen gelten kann, am 19. Mai 2022, man müsse sich vom Schema des «Rotkäppchens» lösen: «Rotkäppchen war gut, und der Wolf war der Bösewicht. Hier gibt es keine metaphysisch Guten und Bösen auf abstrakte Art und Weise.» Der Papst wies darauf hin, dass «wir nur das sehen, was ungeheuerlich ist, und nicht das ganze Drama sehen, das sich hinter diesem Krieg abspielt, der vielleicht in gewisser Weise entweder provoziert oder nicht verhindert wurde.» Er fügte hinzu: «Und ich registriere das Interesse am Testen und Verkaufen von Waffen.»[7]

Franziskus stellte klar: «Manch einer mag mir an dieser Stelle sagen: Aber Sie sind doch pro Putin! Nein, das bin ich nicht. So etwas zu sagen, wäre vereinfachend und falsch. Ich bin einfach dagegen, die Komplexität auf die Unterscheidung zwischen Guten und Bösen zu reduzieren, ohne über die Wurzeln und Interessen nachzudenken, die sehr komplex sind.»[8]

Auch wenn der Krieg in der Ukraine natürlich nicht gutzuheissen ist, wäre es sinnvoll und wichtig zur Aufklärung der Hintergründe, über die Ursachen dieses Konfliktes und über die Situation in der Ukraine vor dem Krieg Bescheid zu wissen. Aber das ins Gespräch zu bringen, kann inzwischen existenzgefährdend sein. Ob der Papst demnächst auf Anordnung aus Washington sanktioniert wird, bleibt abzuwarten.

Nord Stream 2 anschliessen!

Nach Monaten vorsichtiger Zurückhaltung wagen es endlich mehr Politiker, die Öffnung von Nord Stream 2 zu fordern. So twitterte Sahra Wagenknecht am 5. Juli 2022: «Ampel hat Folgen nicht im Griff: Nach Prognos-Studie droht bei GasStopp BIP-Einbruch um 12 Prozent & Verlust von 5,6 Mill. Arbeitsplätzen. Wirtschaftskrieg ruiniert uns, nicht Russland! Sanktionen aufheben, zur Not Gas über Nord Stream II beziehen!»[9]

Die Forderung nach einer Inbetriebnahme von Nord Stream 2 ist nicht neu, ebenso wenig die Verhinderung des Projekts durch die USA. Jahrelang hatte die Regierung Trump dagegen opponiert und sogar weitgehende völkerrechtswidrige Sanktionen verhängt,[10] aber Angela Merkel und auch Olaf Scholz – bis zu seinem Antrittsbesuch in Washington – hatten die zweite Ostseepipeline nicht als politisches, sondern als durchsetzbares ökonomisches Projekt angesehen. Dann hatte US-Präsident Joseph Biden anlässlich der Unterredung mit dem Bundeskanzler die Inbetriebnahme sozusagen verboten.

Nun konnte Deutschland seinen Gasbedarf bis zur Verschärfung der Sanktionen gegen Russland relativ problemlos über Nord Stream 1 und die ukrainische Pipeline decken. Warum also die Aufregung um Nord Stream 2? Wäre es nicht logisch und sinnvoll, darauf hinzuwirken, dass Russland vertragsgemäss weiter Gas in vollem Umfang über Nord Stream 1 liefert? Doch das ist ein Trugschluss. Russland besteht nach wie

vor auf Vertragserfüllung, es sieht in der Vertragsverletzung einen feindlichen Akt und hat die Möglichkeit, weitere Gaslieferungen zu verweigern, was zur Katastrophe führen würde.

Hinzu kommt, dass Nord Stream 2 mit grossem finanziellem und technischem Aufwand gebaut wurde und betriebsbereit ist. Diese Pipeline sollte die Energiesicherheit für Deutschland und Westeuropa verhältnismässig kostengünstig für die nächsten Jahrzehnte sicherstellen – so war es geplant. Werden diese Planungen weiter unterlaufen, entstehen milliardenschwere Schäden auf Kosten der beteiligten europäischen Unternehmen und der Steuerzahler.

Es ist der normale, günstigste Weg, Gas über Pipelines zur Verfügung zu stellen, weil alles andere übermässig teuer, unökonomisch und unökologisch ist. Im Übrigen sind die Tankschiffe und Terminals noch im Bau, was länger dauern wird, und zudem besteht die Gefahr, sich hinsichtlich der Energieversorgung auf Gedeih und Verderb den USA sowie anderen unsicheren Lieferanten auszuliefern.

Nutzlose Sanktionen zu Lasten der Bevölkerung

Die Forderung, mit einer Inbetriebnahme von Nord Stream 2 einer absehbaren Katastrophe gegenzusteuern, kam nicht allein von Seiten der Linken. Für den AfD-Abgeordneten Steffen Kotré, der in einer beachtenswerten Rede vor dem Deutschen Bundestag die Sanktionen gegen Russland als «nutzlos» bezeichnete, ist die Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 dringend geboten. Woraufhin Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Weise auf Kotré reagierte, die wohl mit dem alten Sprichwort «Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz» am besten kommentiert ist. Er scheute sich nicht zu sagen: «Ich halte fest: Die AfD ist nicht nur eine rechtspopulistische Partei, sondern auch die Partei Russlands.»[11]

Der Herausgeber der NachDenkSeiten, Albrecht Müller, gab die drastische, aber passende Antwort: «Diese Einlassung ist so dumm, so geschichtsvergessen, so leichtfertig, dass man nur das Gesicht verhüllen kann angesichts der Tatsache, dass diese Person an der Spitze unserer Regierung steht.» Der Vorwurf an eine andere Partei, die Partei Russlands zu sein, sei deshalb verwunderlich, weil sie aus dem Mund eines Politikers komme, «dessen Politik ganz wesentlich von den USA bestimmt wird. Die Sanktionen, die Beendigung der Entspannungspolitik, Aufrüstung, Waffenlieferungen – dies alles entspricht nicht der ursprünglichen Programmatik der Partei des Bundeskanzlers Scholz...»[12]

Am 6. Juli meldete sich auch der Linken-Energieexperte Klaus Ernst zu Wort. Er forderte die Aufhebung der Sanktionen sowie Gespräche über die Energieversorgung mit Russland – und erntete damit vehementen Widerspruch sogar in der eigenen Partei. Ernst hatte dem Welt-Nachrichtensender am 6. Juli 2022 in einem Interview gesagt, es sei angesichts der in Deutschland stark steigenden Preise «unmoralisch», die Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten. Die Bundesregierung müsse «jetzt alles dafür tun, die Energieversorgung sicherzustellen... Dazu muss man, trotz des völkerrechtswidrigen Krieges, mit Russland reden. Gegebenenfalls auch darüber, Nord Stream 2 befristet in Betrieb zu nehmen, wenn die Gasversorgung nicht anders zu gewährleisten ist.»[13]

Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch sah sich veranlasst, das zu kritisieren. Der Vorschlag Ernsts sei «scheinbar populär, aber leider weltfremd». Solange es «diesen furchtbaren Krieg in der Ukraine» gebe, sei die Forderung nach einer Inbetriebnahme von Nord Stream 2 verfehlt.[14] Das entspricht der Partei-Linie, von der Ernst abgewichen ist, weswegen er – ebenso wie Sahra Wagenknecht – unverzüglich gemassregelt wurde. Wen wundert es, dass die Partei DIE LINKE immer mehr Wähler verliert.

Auf Seiten der Befürworter und Durchsetzer des von den USA vorgegebenen beinharten Kurses gegen Russland zu Lasten der deutschen Bevölkerung finden sich US-affine Politiker und Politikerinnen, die Vaterlandsliebe «stets zum Kotzen» finden (Robert Habeck), Russland im Einvernehmen mit Joseph Biden ruinieren wollen (Annalena Baerbock) oder eine im Bundestag vertretene Partei als fünfte Kolonne Russlands ansehen (Olaf Scholz).

Vielleicht ist es angebracht, derart ideologisch verrannte Fanatiker – obwohl sie Argumenten kaum noch zugänglich sind – auf einen Slogan der Nazi-Winterhilfe von 1943 hinzuweisen, der da hiess: «Keiner soll hungern und frieren.» Heute müsste es in Erinnerung an eine Verballhornung dieses Spruchs heissen: «Keiner soll hungern, ohne zu frieren.»

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. Von ihm erschienen 2014 «Die Eroberung Europas durch die USA», 2019 «Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen» sowie «Der neue West-Ost-Konflikt» und 2021 «Deutschland – verraten und verkauft.» Hintergründe und Analysen.

[«1] Bundeswirtschaftsminister Habeck: „Es kommen noch enorme Preiserhöhungen auf uns zu“ – WELT

[«2] Ebd.

[«3] sueddeutsche.de/wirtschaft/robert-habeck-energiepolitik-1.5612658

[«4] Robert Habeck befürchtet Blockade von Nord Stream und warnt vor problematischem Winter | WEB.DE

[«5] Oskar Lafontaine: Öffnet Nord Stream 2! (nachdenkseiten.de)

[«6] Ebd.

[«7] Papst Franziskus im Gespräch mit den europäischen Kulturzeitschriften der Jesuiten (herder.de)

[«8] Ebd.

[«9] twitter.com/SWagenknecht/status/1544311531000791049

[«10] Dazu Wolfgang Bittner, „Deutschland – verraten und verkauft“, zeitgeist Verlag 2021, S. 117-123

[«11] Bundeskanzler Scholz bezeichnet die AfD als „Partei Russlands“ — RT DE

[«12] Dumm. Blöder. Scholz (nachdenkseiten.de)

[«13] PROFITEUR PUTIN: Energieversorgung – Schaden die Sanktionen nur Deutschland? | WELT Interview – YouTube

[«14] Linken-Fraktionschef Bartsch gegen Inbetriebnahme von Nord Stream 2 | MDR.DE

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=85733>



Ein Artikel von Christian Müller, 11. Juli 2022 um 11:00
Titelbild: Screenshot Sky

Das Verteidigungsministerium Grossbritanniens hat eben öffentlich bekannt gegeben, dass «die ersten Kohorten der 10'000 ukrainischen Soldaten», die in Grossbritannien ausgebildet werden sollen, in Grossbritannien eingetroffen sind. Schon zwischen 2015 und 2022 seien 22'000 Soldaten in der Ukraine von Grossbritannien ausgebildet worden.

(Dies ist ein Beitrag, den die NachDenkSeiten von Globalbridge übernommen haben.)

Das britische Verteidigungsministerium wörtlich:

«Das Programm ist Teil des dauerhaften Engagements Grossbritanniens zur Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf gegen die unprovokierte russische Invasion, das sich bisher auf mehr als 2,3 Milliarden Pfund (2,7 Milliarden CHF oder EUR, Red.) Militärhilfe beläuft und mehr als 5000 NLAW-Panzerabwehrwaffen und M270-Mehrfachraketen-Systeme umfasst.

Dieses ehrgeizige neue Ausbildungsprogramm ist die nächste Phase der britischen Unterstützung für die Streitkräfte der Ukraine in ihrem Kampf gegen die russische Aggression.

Mit dem Weltklasse-Know-how der britischen Armee werden wir der Ukraine helfen, ihre Streitkräfte wieder aufzubauen und ihren Widerstand zu verstärken, während sie die Souveränität ihres Landes und ihr Recht, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, verteidigt.

Für die Durchführung des Programms, das an Standorten des Verteidigungsministeriums im Nordwesten, Südwesten und Südosten des Vereinigten Königreichs stattfinden wird, sind rund 1 050 britische Soldaten im Einsatz. Jeder Kurs dauert mehrere Wochen und wird von Mitgliedern der «11 Security Force Assistance Brigade» durchgeführt.

Die Ausbildung wird freiwilligen Rekruten mit wenig oder gar keiner militärischen Erfahrung die Fähigkeiten vermitteln, die sie für einen effektiven Einsatz an der Front benötigen. Der Kurs basiert auf der britischen Grundausbildung für Soldaten und umfasst die Handhabung von Waffen, Erste Hilfe auf dem Schlachtfeld, Feldhandwerk, Patrouillentaktik und das Recht des bewaffneten Konflikts.

Die Regierung hat in kürzester Zeit Sturmgewehre der AK-Variante (Kalaschnikov, Red.) für das Ausbildungsprogramm beschafft, so dass die ukrainischen Soldaten an den Waffen trainieren können, die sie auch an der Front verwenden werden. Unterstützt wurden diese Bemühungen von der walisischen Garde, die innerhalb von 17 Tagen mehr als 2400 solcher Gewehre testete, um sicherzustellen, dass sie für die ukrainischen Soldaten bereit sind, mit ihrer Ausbildung zu beginnen.

Das Vereinigte Königreich hat ausserdem Kleidung und Ausrüstung zur Verfügung gestellt, um die ukrainischen Soldaten bei ihrer Ausbildung und ihrem Einsatz in der Ukraine zu unterstützen. Jeder Soldat wird mit folgenden Dingen ausgestattet:

- Persönliche Schutzausrüstung wie Helme, Schutzwesten, Augenschutz, Gehörschutz, Beckenschutz und individuelle Erste-Hilfe-Kästen
- Felduniformen und Stiefel
- Kleidung für kaltes und nasses Wetter
- Bergungsmaterial, Tagesrucksäcke und Gurtband
- Zusätzliche Ausrüstung, die für die Bedingungen vor Ort erforderlich ist, einschliesslich Ponchos, Schlafsäcke und Schanzwerkzeuge

Das Vereinigte Königreich unterstützt seit langem ukrainische Soldaten im Rahmen der Operation ORBITAL, in deren Rahmen zwischen 2015 und 2022 22'000 Ukrainer ausgebildet wurden. Das neue Programm wird auf diesem Erfolg aufbauen und zeigen, dass das Vereinigte Königreich auch in Zukunft eine führende Rolle bei der Deckung des militärischen Bedarfs der Ukraine spielen wird, wenn sich der Krieg weiterentwickelt.»

Keine Provokation?

«In ihrem Kampf gegen die unprovokierte russische Invasion», schreibt das UK-Verteidigungsministerium. Aha, wenn UK zwischen 2015 und 2022 bereits 22'000 ukrainische Soldaten ausgebildet hat, ist das keine Provokation. Mit welcher Motivation wurden diese Soldaten ausgebildet? Zum Krieg mit wem?

Siehe dazu: «Ukraine-Krieg: Das verlogene – und aggressive – Spiel der NATO»

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=85705>

Ukraine will das «Testgelände» für neue NATO-Waffen werden

uncut-news.ch, Juli 21, 2022



Verteidigungsminister der Ukraine bietet die Ukraine als «Testgelände» für NATO-Waffen an. Oleksii Reznikov sagte, dass die Ukraine «die Waffenhersteller einlädt, die neuen Produkte hier zu testen».

Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksii Reznikov hat am Dienstag in einem Online-Gespräch mit dem Direktor des Eurasia Center des Atlantic Council die Ukraine offen als Testgebiet für NATO-Waffen gegen Russland angeboten.

Reznikov sagte, dass die Ukraine «im Wesentlichen ein Testgelände» für die modernen Waffen sei, die die USA und ihre Verbündeten in das Land liefern. «Viele Waffen werden jetzt unter den realen Bedingungen des Kampfes gegen die russische Armee getestet, die selbst über zahlreiche moderne Systeme verfügt», sagte er.

Der ukrainische Militärführer machte dieses Angebot in einem erneuten Werben um mehr westliche Waffen. «Wir sind daran interessiert, moderne Systeme im Kampf gegen den Feind zu testen, und wir laden die Waffenhersteller ein, die neuen Produkte hier zu testen», sagte er.

Ein Waffensystem, das zum ersten Mal auf dem Schlachtfeld in der Ukraine zum Einsatz kommt, ist das polnische Artilleriesystem Krab, das von Warschau geliefert wurde. «Ich denke, für unsere Partner in Polen, in den Vereinigten Staaten, Frankreich oder Deutschland ist es eine gute Gelegenheit, die Ausrüstung zu testen. Also, gebt uns die Werkzeuge. Wir werden die Arbeit beenden und Sie werden alle neuen Informationen haben», sagte Reznikov.

Die Reaktion des Westens auf den Krieg in der Ukraine war ein Segen für die US-amerikanischen Waffenhersteller, die mit der Lieferung von Waffen in das Kriegsgebiet, der Aufstockung der NATO-Lagerbestände und

dem Verkauf von Waffen an europäische Länder, die beschlossen haben, ihre Militärausgaben zu erhöhen, Geld verdienen.

Kiew hat um modernere Waffen gebeten, als es bisher geliefert hat, darunter F-15- und F-16-Kampffjets. Die ukrainischen Piloten müssten für das Fliegen der US-Flugzeuge ausgebildet werden, und die Version des Repräsentantenhauses zum National Defense Authorization Act sieht 100 Millionen Dollar für diese Ausbildung vor, obwohl das umfangreiche Ausgabengesetz noch nicht fertiggestellt ist.

QUELLE: UKRAINE DEFENSE MINISTER OFFERS UKRAINE AS A 'TESTING GROUND' FOR NATO WEAPONS

Quelle: <https://uncutnews.ch/ukraine-will-das-testgelaende-fuer-neue-nato-waffen-werden/>

Russland erklärt, dass sich die Kriegsziele ausgeweitet haben, nachdem der Westen mehr Waffen in die Ukraine gepumpt hat

uncut-news.ch, Juli 21, 2022 EPA/Shutterstock



Fünf Monate nach der Invasion ist die Donbass-Region nun weitgehend unter Kontrolle der russischen Streitkräfte... nimmt Moskau nun den Rest der Ukraine ins Visier? Nach den provokativen Äusserungen des russischen Aussenministers Sergej Lawrow vom Mittwoch, die in einem neuen FT-Bericht wiedergegeben werden, könnte dies der Fall sein.

«Russlands Aussenminister sagte, Moskau habe seine Kriegsziele für seine Invasion in der Ukraine erweitert, das bisher deutlichste Zeichen dafür, dass es Teile des Landes annektieren will, die derzeit unter seiner Kontrolle stehen», zitiert die FT:

Sergej Lawrow sagte am Mittwoch, Russlands Ziele seien ehrgeiziger, als Moskau zu Beginn des Krieges im Februar erklärt hatte, als es behauptete, sein Ziel sei die «Befreiung» der östlichen Grenzregion Donbas. Moskaus Kriegsziele erstrecken sich nun auch auf die Provinzen Cherson und Saporischschja im Süden der Ukraine, die grösstenteils von russischen Streitkräften besetzt sind, so Lawrow.

Lawrow sagte auch, dass eine «Reihe anderer Gebiete» zusätzlich in die neuen Kriegsziele einbezogen sind, ohne sie jedoch zu nennen.

Präsident Wladimir Putin und seine Top-Generäle haben in den ersten zwei Monaten des Krieges deutlich gemacht, dass ein zentrales Ziel die «Befreiung» der Donbass-Region ist, aber seither wird viel darüber spekuliert, ob der Kreml über dieses Gebiet hinausgeht.

Einige politische Analysten im Westen – allen voran John Mearsheimer von der University of Chicago – sind der Ansicht, dass Moskau seine Operationen zunächst auf den Osten beschränken wollte, um die abtrünnigen pro-russischen Republiken zu verteidigen. Mearsheimer vertrat jedoch die Ansicht, dass viele Variablen Putin wahrscheinlich dazu veranlasst haben, über diese ursprünglichen Ziele hinauszugehen. Zu den wichtigsten Variablen auf dem Schlachtfeld gehören Washington und das immer stärker werdende Engagement des Westens, insbesondere in Form von Waffenlieferungen – einschliesslich Raketensystemen mit grösserer Reichweite.

Lawrow spielte in seinen Äusserungen vom Mittwoch darauf an: «Wenn der Westen die Ukraine weiterhin aus ohnmächtiger Wut oder aus dem Wunsch heraus, die Situation zu verschärfen, mit Waffen vollpumpt [...], dann bedeutet das, dass sich unsere geografischen Aufgaben noch weiter von der derzeitigen Linie entfernen werden», sagte er.

Der bedingte, warnende Charakter seiner Formulierung deutet darauf hin, dass der Kreml die Torpfosten möglicherweise noch nicht erweitert hat. Lawrow wies in seinen Erklärungen darauf hin, dass der Konflikt «ein laufender Prozess» sei.

Am Dienstag verurteilte das Weisse Haus in einer Erklärung Russlands «Annexionsstrategie» und berichtete, dass der Kreml in den von ihm kontrollierten Städten pro-russische Beamte und Verwaltungen einsetzt.

Russische Medien haben auch mögliche «Volksabstimmungen» in diesen Gebieten angekündigt, ähnlich wie auf der Krim im Jahr 2014.

Und am Mittwoch bestätigte das Pentagon, dass es der Ukraine im Rahmen der nächsten Runde der Sicherheitshilfe vier weitere hochmobile Artillerieraketensysteme (HIMARS) schickt, wie Verteidigungsminister Lloyd Austin sagte.

Es sieht also so aus, als würde sich der laufende Stellvertreterkrieg zumindest in nächster Zeit weiter zuspitzen, bevor eine der beiden Seiten die Möglichkeit eines Kompromisses ernsthaft in Betracht zieht. Die ukrainische Regierung reagierte auf die jüngsten Äusserungen Lawrows, indem sie erneut bekräftigte, dass sie sich nicht mit den Russen an den Verhandlungstisch setzen werde. «Die Russen wollen Blut sehen, keine Gespräche», sagte der ukrainische Aussenminister Dmytro Kuleba und forderte noch mehr Sanktionen und mehr Druck auf Moskau seitens des Westens.

QUELLE: RUSSIA DECLARES WAR GOALS HAVE EXPANDED AFTER WEST PUMPED MORE ARMS INTO UKRAINE

Quelle: <https://uncutnews.ch/russland-erklart-dass-sich-die-kriegsziele-ausgeweitet-haben-nachdem-der-westen-mehr-waffen-in-die-ukraine-gepumpt-hat/>

Wolodymyr Selenskis Comedy-Coup wird die Ukraine und die Welt ins Wanken bringen

Veröffentlicht am 20. Juli 2022 von Maren Müller
Beitrag von Robert Bridge – übersetzt von FritzTheCat



Es ist kein Zufall, dass der ukrainische Schauspieler an diesem kritischen Punkt der Weltgeschichte den Vorsitz über 44 Millionen Seelen innehat. Kiews westliche Handlanger haben diesen Komiker genau deshalb unterstützt, weil – und nicht obwohl – die Spannungen mit Russland wegen des Donbass zunehmen.

Die feine Linie, die die Welt der Unterhaltung von der 3D-Realität trennt, ist bis zur Unkenntlichkeit verwischt. Das beweist der Aufstieg des Komödianten und Schauspielers Wolodymyr Selensky an die Spitze des ukrainischen politischen Sumpfes.

Um es klar zu sagen: Solche Dinge passieren nicht aus einer Laune heraus in einem Land, in dem die US-Regierung, ganz zu schweigen von internationalen Provokateuren wie George Soros, jährlich Milliarden von Dollar ausgibt, um Kiew in einem Zustand ständiger Knechtschaft zu halten. Tatsache ist, dass der 44-jährige Selensky seit langem für die grösste Rolle seines Lebens vorbereitet und inszeniert worden ist.

Aber warum sollten die Puppenspieler des Universums einen Hofnarren wollen, der an diesem kritischen Punkt der Weltgeschichte über einen so dysfunktionalen Staat regiert? Eine Antwort auf diese Frage liefert die Times of Israel: «Er ist jung, witzig, jüdisch und setzt sich für eine starke demokratische Ukraine ein, selbst wenn er dabei den Tod riskiert.» Tja, da habt Ihr es, all die schillernden Qualifikationen Selenskys als Präsidentschaftskandidat in einem leicht zu verdauenden Bissen.

Das Gerede, Selensky sei der «jüdische Verteidiger der ukrainischen Demokratie», ist übrigens ein Missklang, wenn man bedenkt, dass das osteuropäische Land eine gut dokumentierte Geschichte des Antisemitismus hat. Einen grossen Anteil an diesem schlechten Ruf hat die ukrainische historische Figur Stepan Bandera, ein Nazi-Kollaborateur während des Zweiten Weltkriegs, dem zu Ehren Dutzende von Städten und Gemeinden in der Ukraine Denkmäler errichtet haben. Doch das ukrainische Nazi-Erbe geht über steinerne Ehrungen für Bandera auf dem Stadtplatz hinaus. Gegenwärtig ist das ukrainische Militär von verschiedenen rechtsextremen Organisationen infiltriert, allen voran das Asow-Bataillon, eine paramilitärische Einheit des ukrainischen Militärs, die selbst nach Angaben des FBI mit neonazistischer Ideologie in Verbindung gebracht wird. In der Zwischenzeit haben die russischen Truppen in der Ukraine einen Berg von Beweisen – von Tätowierungen der Soldaten bis hin zu offiziellen Berichten – zusammengetragen, die die Verbreitung

der Neonazi-Ideologie im ganzen Land belegen. Tatsächlich ist eines der erklärten Ziele der Moskauer Sonderoperation in der Ukraine die «Entnazifizierung» des Landes.

Um auf Selenskys politische «Qualifikationen» zurückzukommen: Seine einzige Erfahrung als «Präsident» stammt aus der beliebten Fernsehserie «Diener des Volkes», in der er die Hauptrolle des Wassili Petrowitsch Goloborodko spielte. Die Handlung: Der Lehrer in den Dreissigern wird heimlich dabei gefilmt, wie er sich gegen die Korruption in der Regierung seines Landes ausspricht. Trotz der Geissel der Big-Tech-Zensur findet das Video seinen Weg in die sozialen Medien, wo es sich viral verbreitet und – voila! – der Lehrer wird zum Präsidenten der Ukraine gewählt.

Von 2015 bis 2019 erlebte das ukrainische Volk also die tollpatschigen Eskapaden von Präsident Goloborodko, der – in einer Vorwegnahme von Zelenskys künftigen politischen Gegner im wirklichen Leben, dem «Schokoladenkönig» Petro Poroschenko – seine TV-Präsidentschaft auf den Kampf gegen die Oligarchie ausrichtete (die Ironie dabei ist, dass Zelensky mit einem geschätzten Vermögen von etwa einer Milliarde Dollar jetzt ein stolzes Mitglied eben dieser goldenen Klasse ist). Obwohl es sich bei der Sitcom um durchschnittliche Fernsehkost handelt – Kevin Spacey spielte die Hauptrolle in einer früheren US-Produktion, die als «House of Cards» bekannt ist – wurde sie in den westlichen Medien regelmässig gehypt.



Bereits im Dezember 2016 wurde Selenskys Comedy-Hit, der von seiner eigenen Filmproduktionsfirma Kvartal 95 produziert wird, von keinem Geringeren als dem Magazin Foreign Policy als die Fernsehsendung angepriesen, die «den Ukrainern hilft, ihre absurde Politik zu überdenken.»

«Die Ukraine ist so korrupt, dass es schwer vorstellbar ist, dass es anders sein könnte», schrieb Katherine Jacobsen. «Eine neue Comedy-Serie zeigt, dass es auch anders sein könnte.»

Im Nachhinein betrachtet, klingt das fast wie eine politische Empfehlung. Aber die neugierigen Zuhörer könnten versucht sein zu fragen: «Wie anders?» Nun, drei Monate bevor dieser glühende Artikel in den Zeitungen erschien, standen Selensky und seine Comedy-Truppe mit heruntergelassenen Hosen auf der Bühne und gaben vor, mit ihren Genitalien Klavier zu spielen. Und zwar nicht irgendein Lied, sondern «Hava Nagila», das 1918 zur Feier der Balfour-Erklärung und des britischen Sieges über die Osmanen komponiert wurde. Unnötig zu sagen, dass dies in diesen hochsensiblen Zeiten für Juden und Nichtjuden gleichermaßen ein ziemlich mutiger Schritt ist. Aber noch wichtiger ist, dass es sich um einen Komiker handelt, der innerhalb von drei Jahren zum Präsidenten gewählt werden sollte.

Im August 2017 wird Selenskys mittelmässige Slapstick-Sitcom atemlos bejubelt. Cinema Escapist beispielsweise schwärmte von Selenskys Figur Goloborodko und seiner Regierung von «Mitbürgern», die komische Wege finden, «gegen das korrupte Establishment der Ukraine zu kämpfen und eine Vision des Landes zu zeichnen, die sich viele Ukrainer im echten Leben wünschen».

Im anschliessenden Interview mit Selensky wechselt der Komiker-Schauspieler in die zweite Person des Erzählers, als er seinen Aufstieg in der Welt der Unterhaltung beschreibt, was auch für seinen kometenhaften Aufstieg in der Welt der Politik gelten könnte.

«Während dieses Prozesses muss man sich nach und nach von einigen seiner Träume verabschieden», sagt er, bevor er die Handlung verrät. «Manchmal denkt man, dass man die Situation völlig unter Kontrolle hat, aber in Wirklichkeit ist es so, als ob man auf eine bestimmte Art und Weise gelenkt wird, so als ob das Schicksal die Karriere in eine Richtung lenkt, die man nicht beabsichtigt hat.»

Dieser Bemerkung nach zu urteilen, scheint Selensky den Weg, der für ihn gewählt wurde, bereits zu kennen.

In einer Anspielung auf zukünftige politische Ambitionen in der realen Welt sagte Selensky weiter: «Ich habe angefangen, mehr Nachrichten von normalen Menschen zu erhalten, die bestätigen, dass es den Wunsch gibt, dass jemand [wie Präsident Goloborodko, die fiktive Figur] die Ukraine durch die gegenwärtigen Realitäten führt.

In diesen von Berühmtheiten besessenen Zeiten, in denen die Menschen Schwierigkeiten haben, Schauspieler von den fiktiven Rollen, die sie spielen, zu trennen, ist es nicht schwer zu verstehen, wie die faszinierten Wähler nach vier Jahren, in denen sie Selensky beim Spielen des Präsidenten zusehen konnten, seinen Wechsel vom Studio in die realen Hallen der Macht bereitwillig akzeptieren würden. Schliesslich ist es kein Geheimnis, dass Geheimdienste, nicht zuletzt die CIA, über spezielle Abteilungen verfügen, die direkt mit Hollywood zusammenarbeiten, um bei der Erstellung von Drehbüchern und Filmen zu helfen.

Der ukrainische Komiker sprach dann über die Auswirkungen, die seine TV-Sitcom auf seine politische Einstellung hatte.

«Während der Arbeit an diesem Projekt mussten wir natürlich tiefer in politische Themen einsteigen», sagte er. «Je tiefer wir eintauchten, desto mehr politisches Wissen bekamen wir... und das zwang mich, neugieriger zu sein, warum sie so sein mussten.»

Wenn Herr Elendsky nicht gerade übte, mit seinen Genitalien Klavier zu spielen, war er offensichtlich damit beschäftigt, sich «politisch weiterzubilden». Ja, das ergibt jetzt alles viel mehr Sinn.

Mit den üblen Ausdünstungen waghalsiger politischer Politik in der Luft wurde weniger als sechs Monate später die erst ein Jahr zuvor gegründete so genannte «Partei des entscheidenden Wandels» nach – ja, Sie haben es erraten – der gleichnamigen ukrainischen Fernsehserie «Diener des Volkes» umbenannt. Jetzt brauchte man nur noch einen falschen Politiker an der Spitze dieser falschen Partei (die heute von Olena Shuliak angeführt wird, einem Mitglied der in den USA ansässigen Young Presidents' Organization, einer weiteren dieser sich einmischenden Nichtregierungsorganisationen, die in Rochester, New York, ansässig ist und deren Zweck es ist, «Visionäre, talentierte Führungskräfte und Fachexperten» zu verschiedenen, nur auf Einladung stattfindenden Treffen zusammenzubringen).

Was dann geschah, ist ein Abfallprodukt der modernen Prominentenfabrik, in der der durchschnittliche Unterhaltungskonsument die Fähigkeit verloren hat, zwischen billigen Nachahmungen und dem Echten zu unterscheiden. So verkündete Selensky in der Silvesternacht 2019, nur vier Monate vor den Wahlen, in einem Höhenflug – natürlich hinter der Bühne eines Studios – dass er sich um die Präsidentschaft bewerben würde. Später nominierte ihn die Partei «Diener des Volkes» zum Präsidentschaftskandidaten. In den folgenden vier Monaten erlebte das ukrainische Volk eine der am besten inszenierten politischen Scharaden, wie es sie seit dem erfolgreichen Wahlkampf von Joe Biden gegen Donald Trump in seinem Keller für das Weisse Haus nicht mehr gab.

Im Einklang mit seiner vorgetäuschten Rolle als Präsident war Selenskys Kampagne gegen den amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko fast ausschliesslich virtuell. Und im Gegensatz zu den US-Mainstream-Medien, die Biden gerne Softball-Fragen stellten, beklagten sich die ukrainischen Medien über den mangelnden Zugang zu dem politischen Heuchler, vor allem, wenn das Einzige, was über sein Programm bekannt war, darin bestand, dass er «gegen Oligarchen» war. Anstatt den Wählern sein politisches Programm zu erläutern, ging er auf eine Comedy-Tour durch das Land und wich ernsthaften Fragen völlig aus.

«Für ukrainische Verhältnisse ist Selenskys Wahlkampfstil, der darauf hinausläuft, mit seiner Comedy-Truppe auf Tournee zu gehen und sich in Selfie-Videos in den sozialen Medien an seine Anhänger zu wenden, höchst unorthodox», bemerkte Radio Free Europe. «Aber da die ukrainischen Wähler mit den alteingesessenen Führern, die wichtige Reformversprechen nicht eingehalten haben, zutiefst unzufrieden sind und sich nach neuen Gesichtern sehnen, könnte er nach Ansicht von Beobachtern die Präsidentschaft erringen.»

Die Stichwahl zwischen Selenski und Poroschenko, die im Olympiastadion in Kiew vor 70'000 Zuschauern stattfand, war ein peinliches Spektakel der Demokratie, das mehr an Brot und Spiele als an Diskussionen und Debatten erinnerte. In einem solchen Umfeld ist es kein Wunder, dass der prominente Showman den Amtsinhaber in den Schatten stellte, der schliesslich nur ein milliardenschwerer Bonbonverkäufer ist. Am Ende bekam das Establishment den Kandidaten seiner Träume, den Mann, der später in den ausländischen Hauptstädten für einen katastrophalen Krieg mit Russland warb und dabei ein Vermögen verdiente.



Unaffiliated Voter ✓
@WayneDupreeShow · Folgen



Nearly \$54 billion to Ukraine to fight Russia from the United States

\$54 billion.

2:17 nachm. · 5. Juni 2022



Wolodymyr Selensky ist heute so etwas wie die Inkarnation von Black Lives Matter. Es ist blasphemisch geworden, diesen gefährlichen Thronanwärter in Frage zu stellen, der regelmässig – natürlich über das Fernsehen, sein Lieblingsmedium – vor politischen Eliten und Prominenten auftritt. Dieser Hofnarr hat den Beifall des US-Kongresses, der Filmfestspiele von Cannes, der Grammys und vor allem der NATO und des militärisch-industriellen Komplexes erhalten, die dank Selenskys Entschlossenheit, die Russen bis zum letzten ukrainischen Soldaten zu bekämpfen, einen enormen Gewinn verbuchen konnten (Allerdings zeigen sich allmählich Risse im Stuntcar des Schauspielers. Diese Woche sagten Quellen in der deutschen Regierung dem Spiegel, dass es «in Berlin ein gewisses Misstrauen gegenüber dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky gibt. Und das ... ist ein Grund, warum die Rüstungsindustrie in Deutschland nicht zur Lieferung von Kampfpanzern autorisiert wurde.» Das letzte, was Berlin wirklich will, ist, dass deutsche Panzer in Russland unterwegs sind, vor allem, wenn man bedenkt, was beim letzten Mal daraus geworden ist.) Letztlich ist das der Grund, warum dieser Slapstick-Entertainer, dieser politische Niemand, sich «irgendwie» in eine Position gebracht hat, in der er seine schauspielerischen Fähigkeiten am effektivsten einsetzen kann. Der westlichen Hemisphäre ist klar, dass die Ukraine, die von einem virulenten neonazistischen Element infiltriert wurde, das eine existenzielle Bedrohung für Russland darstellt, auf dem Schlachtfeld gegen das russische Militär keine Chance hat. Deshalb haben sie einen Komiker engagiert, der die Lüge verbreitet, dass Russland besiegt werden kann, wenn die NATO erweitert würde und die westlichen Militärlieferungen zunehmen. Es ist der grösste und gefährlichste Schwindel der Neuzeit, der die schrecklichen Abgründe menschlicher Gier und Dummheit zeigt. In einem kritischen Moment, in dem ein echter Staatsmann gefragt war, hat die Ukraine der Welt einen Komiker geschenkt, und das hat den Unterschied ausgemacht.

Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog/2022/07/20/wolodymyr-selenskis-comedy-coup-wird-die-ukraine-und-die-welt-ins-wanken-bringen/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

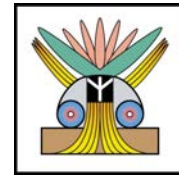
Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2022
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy